

arbeitnehmer

ZEITSCHRIFT DER ARBEITSKAMMER DES SAARLANDES



HEINEMANN

Sonderheft

Der Bergbau an der Saar

Von den Anfängen bis zur Mettenschicht



TEIL 1: BEGINN

- ▶ **3 Als man das Saarland „Saarabien“ nannte**
Die Geschichte des Bergbaus von seinen Anfängen bis zum 1. Weltkrieg

TEIL 2: VERLAUF

- ▶ **7 Aufstieg und Niedergang**
Die Geschichte des Bergbaus an der Saar bis zu seinem Ende

TEIL 3: BEDEUTUNG

- ▶ **11 Prägende Kraft für die Wirtschaft des Landes**
Die wirtschaftliche Bedeutung des Bergbaus
- ▶ **13 Auf Augenhöhe**
Die Entwicklung der Montanmitbestimmung

TEIL 4: LEBEN

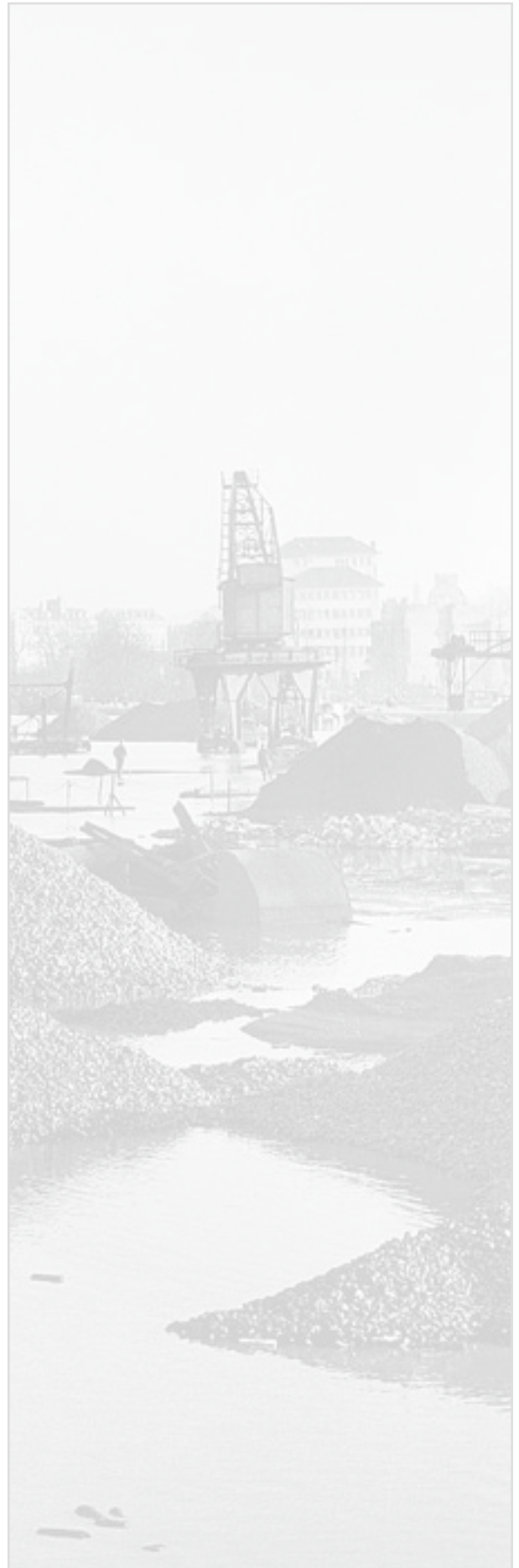
- ▶ **15 Die Letzten ihrer Art**
Porträt: Drei Generationen unter Tage
- ▶ **17 Die Wurzel der Kultur**
Wie die bergmännische Tradition das Leben prägte: vom Vereinsleben bis zu den Siedlungen

TEIL 5: ÜBERGANG

- ▶ **19 Erste Pflänzchen sprießen schon**
Die Bergbau-Standorte und ihre Zukunft
- ▶ **21 „Fataler Fehler“**
Wie IG BCE-Bezirksleiter Dietmar Geuskens das Bergbau-Ende sieht
- ▶ **22 „Der Aderlass tut uns sehr weh!“**
Auswirkungen auf die IG BCE

TEIL 6: ABSCHIED

- ▶ **23 Mit Stolz und Respekt**
30. Juni 2012: Der offizielle Abschied
- ▶ **25 „Ein ganz schwarzer Tag“**
Die Mettenschicht





Die Belegschaft der Grube Viktoria vor den Tagesanlagen der Hauptanlage Viktoria I/II in Püttlingen um 1890 | Foto: RAG

Geschichte des Bergbaus an der Saar, Teil 1

Als man das Saarland „Saarabien“ nannte

Nach bescheidenen Anfängen entwickelte sich der Bergbau an der Saar seit 1751 rasant. Damit war der Grundstein gelegt für den Aufstieg zu einem der bedeutendsten Industriereviere im Deutschen Reich vor dem Ersten Weltkrieg.

Zwar lassen sich zahlreiche historische Quellen zum „Graben und Wühlen am Ausgehenden der Flöze“, die Kohlengrüberei, finden, die planmäßige Kohlegewinnung beginnt mit der Einziehung aller Kohlengrübereien durch Fürst Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken im Jahre 1751. Mit wenigen Jahren Unterbrechung begann damit für über 200 Jahre die Ära des Staatskohlenbergbaus an der Saar. Dies stellt eine Besonderheit gegenüber den anderen Kohlereviere in Deutschland dar. Zu Zeiten von Fürst Wilhelm Heinrich wurde 1769 auch die „Bruderbüchse“, der Vorläufer der Knappschaftskasse, eingeführt, die den Bergleuten Krankengeld und medizinische Betreuung

gewährte und durch Beiträge der Bergleute und Zuschüsse des Fürsten finanziert wurde. Die Anfänge des Bergbaus in der Saargegend waren bescheiden. Gab es im Jahr 1773 141 Bergleute im Dienst des Fürsten, die 21.000 Tonnen Kohle förderten, stiegen die Zahlen bis 1790 auf ca. 50.000 Jahrestonnen an, die von 270 Bergleuten gefördert wurden. Die französischen Revolutionstruppen machten der Herrschaft Wilhelm Heinrichs, wie auch anderer regionaler Herrschaftshäuser in der Saarregion, ein Ende.

Die französische Herrschaft an der Saar brachte nicht nur die Aufhebung der Leibeigenschaft 1793 und die Einführung individueller Freiheitsrechte für alle Men-

Serie Bergbau

Am 30. Juni 2012 endete im Saarland unwiderruflich die Kohleförderung, den Industriezweig „Steinkohlenbergbau“ gibt es seitdem im Saarland nicht mehr. Wahrlich eine Zeitenwende. Der Steinkohlenbergbau an der Saar war über 100 Jahre der größte Arbeitgeber an der Saar; er hat die Wirtschafts- und Sozialentwicklung, Geschichte, Kultur und politische Entwicklung des Saarlandes und seiner Menschen über viele Generationen geprägt. Grund genug für einen Rückblick, aber auch für die Frage: Was bleibt davon?

In einer sechsteiligen Serie hat sich der „arbeitnehmer“ mit der Geschichte des Bergbaus an der Saar in ihren verschiedenen Facetten befasst: mit der Arbeitswelt wie der Kultur, der wirtschaftlichen Bedeutung, der Mitbestimmung, dem Bergmann und seiner Familie, den Standorten. Schlusspunkt war die Berichterstattung über den offiziellen Abschied von der Kohle am 30. Juni. Alle sechs Folgen der Serie sind jetzt in diesem Sonderdruck der Arbeitskammer zusammengefasst.

Die Redaktion



schen, sondern auch positive wirtschaftliche Entwicklungen, die sich auch im Bergbau an der Saar bemerkbar machten. Besonders hervorzuheben bleibt, dass in den Jahren der französischen Herrschaft bis 1814 die Grundlagen für die ingenieurmäßige Erfassung und Ausbeutung der Kohlenlagerstätten im Saarrevier geschaffen wurden. Unter Leitung ihres Direktors Duhamel wurden die Kohlevorkommen an der Saar durch Mitarbeiter der Berg- und Hüttenschule in Geislaunern, die auch auf Initiative der Franzosen gegründet worden war, erstmals umfassend kartografisch erfasst im Saarkohlenatlas, besser bekannt als Duhamelatlas.

Nach der endgültigen Niederlage der napoleonischen Truppen kam mit der staatlichen Neuordnung nach dem 2. Pariser Frieden (20. November 1815) der Großteil des Saargebietes zu Preußen, ein kleinerer Teil um Homburg und St. Ingbert zum Königreich Bayern. Preußen wurde für gut einhundert Jahre Vormacht im Saargebiet, das Saargebiet Grenzland zu Frankreich. Trotz der Wirtschaftskrise der nachnapoleonischen Zeit gelang es dem preußischen Fiskus unter Leitung des ersten Direktors des im Jahre 1816 eingerichteten Königlichen Bergamtes zu Saarbrücken, Leopold Sello, den Bergbau organisatorisch und technisch zu verbessern, wesentlich zu steigern und dauerhaft für den preußischen Staat rentabel zu machen. Neue Stollen wurden angehauen, technische Innovationen, besonders der Einsatz der Dampfmaschine, ermöglichten zum Beispiel den Abbau in Tiefbaustollen. Die ständig steigende Nachfrage nach Kohle und Koks ließen Förderung und Belegschaftszahlen stark ansteigen. Die Kohleförderung im Saarrevier stieg von 100.000 Tonnen im Jahr 1816 auf ca.



Camphausen IV – der weltweit erste Förderer in Stahlbetonweise, während des Baus 1911 | Foto: RAG

600.000 Tonnen 1850; die Belegschaft entwickelte sich im gleichen Zeitraum von 917 Bergleuten auf rund 4500. Die Grundlage für den industriell-wirtschaftlichen Aufstieg des preußischen Saargebiets zu einem der bedeutendsten Industrieviere im Deutschen Reich vor dem Ersten Weltkrieg war gelegt. Wesentliche Entwicklungsschübe der rasanten Industrialisierung, gerade auch der Entwicklung des Bergbaus, kamen im Saarrevier ab Ende der 1840er Jahre durch die wesentliche Verbesserung der verkehrsmäßigen Erschließung. Der Bau zahlreicher Eisenbahnlinien ab 1848 wie auch die Teilkanalisierung der Saar und der Anschluss der Saar an den lothringischen Saarkohlenkanal verbesserten die Absatzverhältnisse. So legte die preußische Bergverwaltung zwischen 1850 und 1862 zehn neue Gruben, sogenannte Eisenbahngruben an. Die enorme Entwicklung des Saarbergbaus verdeutlichen folgende Zahlen:

Jahr	Förderung (t)	Belegschaft
1850	595.855	4.580
1860	1.484.192	10.095
1869	3.444.894	18.800

Wobei sich der Wert der Förderung von 3,4 auf 71,8 Millionen Mark und der Gewinn des preußischen Staates von 1,3 auf 36 Millionen Mark erhöhten.

Soziale Wohltaten für die Bergleute sorgen für Ruhe

Den zunehmenden Arbeitskräftebedarf deckte die gesamte saarländische Industrie, nicht nur der Bergbau, zunächst aus der wegen der Realerbteilung zunehmend unwirtschaftlichen Landwirtschaft. Anschließend dehnte sich der Einzugsbereich zur Gewinnung neuer Arbeitskräfte immer weiter aus, blieb aber von wenigen erfolglosen Experimenten abgesehen, im Saarrevier im Gegensatz zum Ruhrgebiet auf den Bereich der Nahwanderung – ländliche Gebiete im Nordsaarland, Trierer und Birkenfelder Land, Pfalz – begrenzt. Um einen festen Arbeiterstamm mit möglichst geringer Fluktuation für die Gruben zu gewinnen, entwickelte die Bergverwaltung auf Vorschlag Leopold Sellos das Prämienhaussystem. Bergleute konnten sich um die Bewilligung von Darlehen und Prämien zum Bau eines Hauses bewerben; für Bergleute, die nicht täglich heimkehren konnten, aber nicht in der Nähe der Gruben ein Prämienhaus bauen wollten, wurden Schlafhäu-



„Schlägel und Eisen“, bergmännisches Wochenblatt für das Saarrevier, 1892

| Abbildung: Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam

ser gebaut. Das Prämienhaussystem war zentraler Kern der „Wohlfahrtseinrichtungen“ im fiskalischen Bergbau an der Saar und durchaus erfolgreich. So hat das Prämienhaussystem laut Jahresbericht der Bergwerksdirektion 1918 in der Zeit von 1842 bis 1918 exakt 7.955 Häuser umfasst. Das Prämienhaussystem, wie auch andere Wohlfahrtseinrichtungen, waren für die Bergverwaltung auch deshalb ein Erfolg, weil sie an der Saar wesentlich dazu beitrugen,

a) die aus anderen Bergarbeiterrevieren bekannten Verelendungstendenzen bei den Bergleuten und die miserablen Wohnverhältnisse deutlich zu verringern und weil

b) dadurch ein disziplinierter, genügsamer, konservativer und obrigkeitgläubiger Arbeiterstamm geschaffen wurde. Das System war immer das gleiche: gewährt wurden Wohltaten, auf die die Bergleute keinen Anspruch hatten, sondern die durch Wohlverhalten und die Aufgabe persönlicher und politischer Freiheitsrechte erkaufte werden mussten. Denn nur wenn der Bergmann und seine Familie sich unterordneten, sowohl innerhalb als auch außerhalb des Betriebs, kam er in den Genuss dieser Wohlfahrt. Sobald der Bergmann opponierte oder sich etwa gegen unrechtmäßige Zumutungen der Vorgesetzten, etwa die weit verbreiteten Korruptionspraktiken, zur Wehr setzte, konnten ihm diese Wohltaten schnell entzogen werden, zumal erste Instanz der Bergleute bei Beschwerden nach althergebrachter Tradition im Petitionswege wieder die Bergbeamten waren.

Die Zuwanderung aus den katholisch geprägten Randlagen des Saargebiets be-

wirkte auch in dem ehemals evangelisch dominierten industriellen Kern des Saar-gebiets eine Konfessionsverschiebung hin zu einer deutlichen Mehrheit katholischer Bevölkerungsanteile. Oft kamen daher zum sozialen Konflikt zwischen den mehrheitlich katholischen Bergleuten und den überwiegend evangelischen Bergbe-
 amten auch noch konfessionell begrün-
 dete Auseinandersetzungen hinzu. Hier versuchte die Katholische Kirche mit der Gründung von St.-Barbara-Bruderschaften und katholischen Knappenvereinen, den (katholischen) Bergleuten Hilfe und Sinnstiftung zu vermitteln. Auch wenn die Katholische Kirche und die Zentrums-
 partei sich im Rahmen des Kulturkampfes der 1870er Jahre heftig mit der preußischen Bergverwaltung im Saarrevier auseinandersetzten, in der Wertevermittlung und Erziehung der bergmännischen Bevölkerung waren die Ziele weitgehend identisch: christlich, konservativ, national, antisozialistisch und treu gegenüber der Monarchie sollten die Bergleute sein.

Weitere Bestandteile der „Wohlfahrts-einrichtungen“, der „sozialen Fürsorge“, die auch von den Privatindustriellen der Hütten- und anderer Industrien an der Saar mit Abwandlungen angewandt wurden, waren die Knappschaftskasse, Fortbildungsschulen für junge Bergleute oder Industrieschulen für die Töchter der Bergleute zur Erlernung hauswirtschaftlicher Fertigkeiten. Auch Deputatkohle oder Maßnahmen zur Hebung des ständischen Bewusstseins der Bergleute, wie bergmännische Musikcorps oder der „Bergmannsfreund“, die weltweit erste Werkszeitung, rechnete die Bergverwaltung zu den Wohltaten.



Speisesaal im Schlafhaus I der preußischen Staatsgrube Von der Heydt, errichtet 1873 bis 1875. Das Foto entstand um 1905 | Foto: RAG

Die soziale und wirtschaftliche Situation des ständigen, in der Knappschaftsrolle eingetragenen Bergmanns war bis Ende der 1860er Jahre besser als die der unständigen Bergleute oder vieler anderer Arbeiterkategorien, von Tagelöhnern ganz zu schweigen. Ein, von Teuerungsschwankungen und dem Verdienst aus Nebentätigkeiten unabhängiges, ein allein mit dem Verdienst des Bergmanns auskömmliches Leben war für ihn und seine Familie keinesfalls möglich. Die Situation verschärfte sich, als durch Änderungen im Berggesetz der freie Arbeitsvertrag auch im Bergbau an der Saar Mitte der 1860er Jahre eingeführt wurde. Auch ständige Bergleute, die bisher nur unter ganz engen Kriterien – zeitweise – abge-

legt werden konnten, waren jetzt mit normalen Kündigungsfristen zum Beispiel bei Absatzproblemen, kündbar. Objektiv näherte sich die Lage der Bergleute immer mehr den lohnabhängigen Proletariern an. Die schlechte materielle Situation der Bergleute, drückende Abhängigkeitsverhältnisse von den Vorgesetzten sowie die Verlängerung der Schichtzeiten und die damit verbundene Anbringung von Absperrgittern an den Stollenausgängen, damit die Bergleute nicht vor Schichten die Grube verlassen konnten, bildeten den Nährboden der großen Streikzeit der Saarbergleute.

„Im Jahre 1889 war es im Bergarbeiterstand unerträglich. 1. durch die langen Schichten (zwölf Stunden). 2. Durch Stechereien von den Beamten“, so beginnt die Chronik von Nikolaus Warken, dem Führer der Saarbergleute in der Streikzeit. Erstmals in der Geschichte des Saarbergbaus versuchten die Bergleute des gesamten Reviers nicht mehr über die hergebrachten Wege von Petitionen und Bittschriften ihre Anliegen vorzubringen, sondern über kollektive Interessenvertretung und Streik sollten Rechte eingefordert und gesichert werden. „Einer für alle, alle für einen“ war das Motto der großen Streikzeit. Mit anfänglicher Unterstützung des Trierer Kaplans Dasbach wurde im Juni 1889 der Rechtsschutzverein (RSV) für die bergmännische Bevölkerung des Oberbergamtsbezirks Bonn gegründet. Er sollte die Rechte der Mitglieder gegenüber Knappschaft und Bergbehörde schützen, an gewerkschaftliche Interessenvertretung oder Streikunterstützungskasse war zumindest anfangs nicht gedacht. Nikolaus Warken, der Bergmann aus Hasborn, genannt Eckstein, wurde zum ersten Bergarbeiterführer im Saargebiet. Gedin-



Auch für die Familien der Bergleute wurde gesorgt: Schulentlassene Bergmannstöchter 1910 vor der 1902 gegründeten Göttelborner Haushaltungsschule | Foto: RAG



Bergleute der Grube Itzenplitz in Heiligenwald bei Reparaturarbeiten an einer Grubenlock um 1913 | Foto: RAG

geverdienst von vier Mark, Milderung der Strafen, Wegfall der Einsperrtüren, Aufhebung des Sparzwangs und vor allem achtstündige Schichtzeit mit Ein- und Ausfahrt standen im Mittelpunkt der Forderungen. Obwohl dem RSV zeitweise zwei Drittel der Belegschaft angehörten, die Saarbergleute in den Jahren 1889 – 93 dreimal in Massenausständen ihre Forderungen durchzusetzen versuchten, gelang es der preußischen Bergverwaltung mit Unterstützung der großen privaten Arbeitgeber an der Saar (Stumm, Vopelius) und der staatlichen Verwaltung zunehmend den RSV zu diskreditieren, zu spalten und schließlich zu zerstören. Dass Bergleute Forderungen stellten, Rechte einforderten, als gleichberechtigte Menschen behandelt werden wollten und zu vielen Tausenden der 1889/90 unter starker saarländischer Beteiligung gegründeten reichsweiten Bergarbeitergewerkschaft (BAV), dem Alten Verband, beitraten, bedrohte die bisher uneingeschränkte Macht der Bergverwaltung und der sie unterstützenden Privatindustriellen.

Als katholischer Klerus und das Zentrum dem RSV als „Streikverein“ ihre Unterstützung entzogen und die Bergverwaltung der Führung des RSV vorwarf, Sozialdemokraten zu sein – obwohl die versuchte Einflussnahme der SPD auf den RSV sehr begrenzt blieb –, spaltete dies nicht nur die Mitgliedschaft des RSV, sondern dessen Ende stand bevor. Als der schon im Zerfall begriffene RSV um die Jahreswende 1892/93 mit einem erneuten Streik versuchte, gegen Lohninbußen und eine verschlechterte Arbeitsordnung vorzugehen, gingen Bergverwaltung, Landrat und Privatindustrielle, unterstützt durch den Trierer Bischof Korum, der in einem Hirtenbrief die katholischen Bergleute vor dem Streik warnte, uner-

bittlich gegen den RSV vor. Zahlreiche Bergleute wurden auf Zeit, 491 „Hauptagitatoren“ für immer abgelegt. Der Streik brach zusammen, der RSV zerfiel und die Bergleute mussten über viele Jahre erhebliche Lohninbußen hinnehmen; BAV-Mitglied blieben nur wenige und wenn im Geheimen. Die preußische Bergverwaltung hatte kompromisslos ihren Klassenstandpunkt durchgesetzt und konnte ihre unumschränkte Herrschaft bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts weitgehend aufrechterhalten, ehe sie unter anderem durch das Aufkommen der christlichen Gewerkschaften erste Risse bekam und während des Ersten Weltkrieges zwischen sozialer Not und politischer Radikalisierung langsam unterging.

Der Rechtsschutzsaal Bildstock bezeugt die Gründerzeit

Der von den Bergleuten in der Streikzeit erbaute Rechtsschutzsaal in Bildstock musste nach der Niederlage verkauft werden und wurde sicherlich nicht ohne Hintergedanken und als symbolträchtige Trophäe des totalen Sieges über den RSV 1895 von der Bergwerksdirektion gekauft. Über 110 Jahre später ist der Rechtsschutzsaal als ältestes in Deutschland erhaltenes Gewerkschaftshaus auch über das Saarland hinaus eine bedeutende Reliquie aus der Gründerzeit der Gewerkschaftsbewegung.

Während die repressive sozialpolitische Situation bis zum Ersten Weltkrieg im Saarrevier als „Saarabische Zeit“ in die Geschichtsannalen einging, entwickelte sich das Industrierevier an der Saar zu einem der größten in Deutschland. Nach der amtlichen Berufs- und Betriebszählung stellten 1907 die in den gewerblichen

Zweigen im Saarrevier Beschäftigten zusammen mit ihren Angehörigen 77,3 Prozent der Bevölkerung, ein Spitzenwert in Deutschland. 1913 förderten über 56.500 Bergleute etwa 13,2 Millionen Tonnen Kohle im Saarrevier; Kokereien, Grubenkraftwerke und viele weitere Nebenanlagen komplettierten ein imposantes Industrieimperium. Gesteuert wurde es von der 1877 – 80 in St. Johann erbauten Königlich-Preußischen Bergwerksdirektion. Immer wieder war der fiskalische Bergbau an der Saar auch Vorreiter technischer Entwicklungen, so etwa als 1862 europaweit erstmals in der Grube von der Heydt die Seilförderung eingeführt wurde. Dass trotz aller Vorsichtsmaßnahmen die Arbeit unter Tage ein hohes Risiko birgt, mussten die Saarbergleute im Laufe der Zeit immer wieder schmerzhaft feststellen. Die Daten der Grubenunglücke mit den meisten Toten belegen dies, ohne die vielen kleineren Unglücke mit ihren Opfern vergessen zu wollen:

- ▶ 17. März 1885: Grube Camphausen, 180 Tote
- ▶ 1. Dezember 1897: Grube Frankenholtz, 57 Tote
- ▶ 28. Januar 1907: Grube Reden, 150 Tote
- ▶ 25. Oktober 1930: Grube Maybach, 98 Tote
- ▶ 2. Januar 1941: Grube Frankenholtz, 41 Tote
- ▶ 7. Februar 1962, Grube Luisenthal, 299 Tote.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurden zahlreiche Bergleute zum Waffendienst eingezogen; 1915 förderten knapp 8.000 Bergleute fast 8 Millionen Tonnen Kohle. Bis 1919 stieg die Zahl der Bergleute wieder auf 55.000, wobei die Förderung mit knapp 8,5 Millionen Tonnen deutlich unter dem Vorkriegsniveau blieb, Ausdruck der nachlassenden Schichtleistungen von ausgehungerten Bergleuten und den (meist) russischen Kriegsgefangenen.

Das auch von den Bergarbeitern an der Saar herbeigesehnte Ende des Krieges brachte für das gesamte Saargebiet, besonders aber für den Bergbau weitreichende Veränderungen. Im Friedensvertrag von Versailles war festgelegt, dass das Saargebiet für 15 Jahre politisch dem Völkerbund unterstellt wird und Frankreich das vollständige und lastenfreie Eigentum an den Saargruben übertragen bekommt.

Frankreich wurde damit zum größten Arbeitgeber an der Saar. Hellscherische Kräfte waren nicht von Nöten, um nach den mörderischen Auseinandersetzungen 1914 – 18 eine fatale Vermischung von sozialen und nationalen Konflikten im und um den Bergbau an der Saar zu befürchten.

Joachim Heinz



Die Saarbrücker Hafensinsel beim Saarhochwasser 1970 | Foto: RAG

Geschichte des Bergbaus an der Saar, Teil 2

Aufstieg und Niedergang

Die Zeit des Völkerbundes, der Anschluss an Nazi-Deutschland, der 2. Weltkrieg – die wechselvolle politische Geschichte des Saarlandes bestimmte auch das Geschick des Bergbaus. Ab Ende der fünfziger Jahre ging es dann rasant bergab.

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages (VV) am 10. Januar 1920 begann für fünfzehn Jahre die politische Herrschaft des Völkerbundes an der Saar. 1935 sollte die Saarbevölkerung, so wollte es der VV, über das weitere politische Schicksal des Saarreviers entscheiden, wobei alle Betrachter ein klares Votum für die Rückkehr zu Deutschland als realistische Alternative ansahen. Frankreich war durch die Übertragung des Eigentums an den Saargruben die wirtschaftlich dominierende Macht an der Saar, versuchte in den ersten Jahren der Völkerbundherrschaft aber auch politisch die Bevölkerung für sich einzunehmen. Die vom Völkerbundrat berufene fünfköpfige Regierungskommission – ein Mitglied war Saarlän-

der, Deutschland war nicht vertreten – kam bis Mitte der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts den französischen Ambitionen sehr entgegen. Nationalistische Positionen beiderseits des Rheins über die (Un)-Gerechtigkeit des VV überlagerten nicht nur von Anfang an alle anderen Themen, sondern Verständigungsversuche zwischen Deutschland und Frankreich wurden vielfach als nationaler Verrat klassifiziert; auch an der Saar. Selbst durchaus sinnvolle Maßnahmen, wie die Einführung des Franc im Saarbergbau zum 1. Juli 1920 – erst ab Juni 1923 wurde der Franc im Saarland alleiniges Zahlungsmittel –, die die Bergleute gegenüber anderen Bevölkerungsschichten wirtschaftlich wesentlich besserstellte, wurden als

Propagandamittel in der nationalen Auseinandersetzung missbraucht. Unter diesem Aspekt muss auch der 100-tägige Bergarbeiterstreik von Februar bis Mai 1923 subsumiert werden. Vordergründig als Lohnkonflikt der Saarbergleute mit dem französischen Arbeitgeber getarnt, wurde offen, wenn auch nicht offiziell, zugegeben, dass es sich um einen nationalen Unterstützungskampf der Saarbergleute gegen die Besetzung der Ruhr durch französische und belgische Truppen handelte. Auch die politisch-gewerkschaftliche Linke im Saargebiet war nicht frei von nationaler, antifranzösischer Propaganda, die die Ausgrenzung Andersdenkender einschloss; hierin lag ein Grund, warum es ihr im emotional-nationalen Abstimmungskampf 1933/35 unmöglich war, die Status-quo-Alternative erfolgreich und glaubwürdig zu vermitteln.

Mit dem Untergang der Klassengesellschaft im Kaiserreich waren auch die Tage des saarabischen Systems gezählt. Die Bergarbeitergewerkschaften im Saarrevier wurden zu Massenorganisationen mit mehreren zehntausend Mitgliedern, wobei der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband (BAV) anfangs mehr Mitglieder aufweisen konnte. Die



„Administration des Mines Domaniales Françaises de la Sarre“ verwaltete für den französischen Staat die Saargruben. Die Förderung stieg von zehn Millionen Tonnen 1920 auf etwa 14 Millionen Tonnen 1924. Während die Mitarbeiterzahl in den ersten Jahren auf über 70.000 stieg, setzte schon Mitte der 1920er Jahre ein starker Belegschaftsabbau ein, sodass kurz vor der Saarrückgliederung 1935 nur noch knapp 45.000 Bergleute bei der Mines Domaniales beschäftigt waren. Rückgang der Nachfrage nach Kohle und die Weltwirtschaftskrise ab 1929/30 waren die primären Gründe dafür. Neben dem starken Belegschaftsabbau reagierte die Mines Domaniales mit organisatorischen und technischen Rationalisierungs- und Optimierungsmaßnahmen, was auch die Stilllegung von Gruben, etwa Altenwald und Hostenbach, einschloss.

Wie schon dargestellt, war die 1935 vorgesehene Abstimmung über die weitere politische Zukunft des Saargebietes eigentlich unstrittig. Die Angliederung an Frankreich und die weitere Völkerbundherrschaft (Status quo) waren keine ernsthaften Alternativen zur Rückgliederung der Saar nach Deutschland. Eigentlich, bis 1933 die Nationalsozialisten in Deutschland ein Terrorregime errichteten. Während sich die bürgerlich-konservativen und katholischen Parteien und Verbände, mit wenigen Ausnahmen, zusammen mit der NSDAP ohne Wenn und Aber für die Rückgliederung auch zum NS-Staat einsetzten, lehnten die Linksparteien und die freien Gewerkschaften die Zustände in Deutschland strikt ab. So gründete der BAV im Mai 1933 die Saar-Bergarbeiter-Zeitung, um über die Zustände in Deutschland aufzuklären.



Zeichenhaus der Grube Reden: Fritz Koelle vor der 1937 von ihm geschaffenen Figur des „Redener Hannes“ | Foto: RAG



Warndtgrube Velsen mit den Gustavschächten, Holzplatz und Zechenhaus | Foto: RAG

Viel zu spät, erst ab Mitte 1934, der BAV sogar erst im Dezember 1934, riefen die saarländischen Antifaschisten dazu auf, für den Status quo zu stimmen, in der Hoffnung, Hitler von der Saar fernhalten zu können. Ihr mutiger Kampf war vergebens; über 90 Prozent stimmten am 13. Januar 1935 für die Rückgliederung der Saar zu Hitlerdeutschland. Aber die saarländischen Antifaschisten hatten weltweit ein Zeichen gesetzt für das andere, das bessere Deutschland. Zahlreiche saarländische Bergarbeiterfunktionäre beteiligten sich weiterhin, oft aus dem französischen Exil, am Widerstand gegen das NS-Regime und bezahlten dies nicht selten mit dem Leben oder langjährigen Zuchthausstrafen, wenn sie den NS-Behörden in die Hände fielen.

Schon im Abkommen von Rom im Dezember 1934 hatten sich Deutschland und Frankreich über den Rückkauf der Saargruben für 900 Millionen Franken geeinigt. Frankreich durfte weiterhin über fünf Jahre die Warndtkohle von Lothringen aus abbauen. Der Saarbergbau wurde unter der reichseigenen „Saargruben AG“ zusammengefasst. „Betriebsführer“ wurde Dr. Franz Waechter, der im NS-Jargon die Gemeinsamkeit von „Gefolgschaft“ und „Betriebsführer“ propagierte und den Saarbergleuten ihre Rolle als „Wirtschaftssoldaten“ zuwies. Außer Propaganda erlebten die Bergleute an der Saar aber zunächst nur Enttäuschungen. Die soziale Realität entsprach den Versprechungen aus der Abstimmungszeit und den Propagandaphrasen nicht. Arbeitslosigkeit und Feierschichten, bei sinkendem Reallohn, wurden erst mit dem beginnenden Wirtschaftsboom im Rahmen der verstärkten

Kriegsrüstung überwunden. Gleichzeitig wurden die Arbeitszeit verlängert und Sonderschichten eingeführt, wogegen sich die Belegschaften aber zeitweise erfolgreich wehrten. Nach der teilweisen Stilllegung der Saargruben anlässlich der Räumung der „Roten Zone“ 1939/40 stieg die Belegschaft Ende 1941 auf gut 47.000.

Der rassistische Vernichtungskrieg im Osten erhielt durch die Zwangsarbeit von Millionen Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen aus Osteuropa seine mörderische Ergänzung im Innern des NS-Staates. So auch im Saarbergbau. Immer mehr Fremdarbeiter und Kriegsgefangene mussten unter menschenverachtenden Arbeits- und Lebensumständen in den Saargruben arbeiten. Bei stetig sinkender Stammbelegschaft erreichte der Fremdarbeitereinsatz in den Saargruben im August 1944 mit knapp 15.000 Menschen, davon über 13.000 russische Zwangsarbeiter und italienische Militärinternierte, den Höchststand. Dies entsprach 27,92 Prozent der Gesamtbelegschaft. Mit 16,25 Mio. Tonnen erreichte die Förderung im April 1943 ihren Höchststand bis Kriegsende. Als die Amerikaner im März 1945 das Saarland befreiten, war die Kohleförderung im Saarbergbau fast zum Erliegen gekommen. Schon im Juli 1945 übergab die US-Armee das Saarland der französischen Besatzungsmacht. Der Saarbergbau unterstand nun der Mission Française des Mines de la Sarre.

Noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges trafen sich Bergleute am 22. April 1945 illegal, um eine Gewerkschaft „auf freier, einheitlicher Grundlage“ aufzubauen; dies mündete in der Gründung des Industrieverbandes Bergbau (IVB) am

18. November 1945 in Reden-Klinkenthal, zunächst eine Einheitsgewerkschaft. Aber schon knapp zwei Jahre später wurde aus parteipolitischen Überlegungen die Gewerkschaft Christlicher Saarbergleute (GCS) gegründet, der weitere christliche Branchengewerkschaften im Saarland folgten.

Politisch wurde unter französischer Ägide im Dezember 1947 ein teilautonomer Saarstaat unter Führung der Widerstandskämpfer Johannes Hoffmann von der Christlichen Volkspartei als Ministerpräsident und dem Sozialdemokraten Richard Kirm als Sozialminister gegründet, der wirtschaftlich stark an Frankreich angelehnt war. Der Saarkohle kam beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Saarlandes und Frankreichs eine bedeutende Rolle zu. Ab dem 1. Januar 1948 übernahm die Régie des Mines de la Sarre als Nachfolgerin der in Liquidation befindlichen Saargruben AG den Saarbergbau. Konnte Frankreich zunächst nur einen Teil der geförderten Saarkohle für sich beanspruchen, bezogen auf das Jahr 1946 etwa nur 16 Prozent, weil die gesamte deutsche Steinkohleförderung in einen gemeinsamen Pool aller Besatzungsmächte einging, änderte sich dies ab April 1949. Die Saarkohle war aus dem Pool ausgeschieden und die Régie des Mines besaß das alleinige Verfügungsrecht. Belegschaft und Kohleförderung stiegen rasch an.

Schon 1948 waren wieder 62.000 Bergleute beschäftigt; die Förderung stieg von 14,5 Millionen Tonnen 1949 auf 16,3 Millionen Tonnen bei dann knapp 65.000 Bergleuten 1957. Dass der Saarstaat anfangs finanziell am Ertrag der Kohleförderung nicht beteiligt war, führte politisch zum Widerstand, der sich allmählich, auch aus anderen Gründen, auf die grundsätzliche Ablehnung des Konstrukts eines an Frankreich gebundenen teilautonomen Saarstaates ausweitete. Im Mittelpunkt des Widerstandes stand der IVB, der auf seiner ersten Generalversammlung 1948 die Parole ausgab: „Die Saargruben dem Saarvolk.“ Die intensive Ausbeutung der Warndtkohle von Lothringen aus verstärkte den Widerstand („Hände weg vom Warndt“). Mit dem Saargrubenvertrag vom 20. Mai 1953 zwischen dem Saarland und Frankreich wurde zum 1.1.1954 die Régie des Mines abgelöst durch die Saarbergwerke (SBW). Das Eigentum des Saarlandes an den Kohlefeldern wurde anerkannt, der Betrieb der Saargruben sollte durch die SBW erfolgen und der Vertrag bis zu einer friedensvertraglichen Regelung Geltung erhalten. Die Organe der SBW, etwa der Grubenrat, sollten von der französischen und der saarländischen Regierung paritätisch besetzt werden. Diese Regelung war nicht von langer Dauer, da die Saarbevölkerung mit der Ablehnung



Zechensaal der Grube Jägersfreude 1972

| Foto: RAG

des Saarstatutes im Oktober 1955 den Weg ebnete für die politische (1.1.1957) und wirtschaftliche (5.7.1959) Rückkehr der Saar zu Deutschland.

Schon bei der politischen Rückgliederung der Saar am 1.1.1957 waren erste Krisenerscheinungen im Saarbergbau nicht zu übersehen, auch wenn sich damals niemand den rasanten Abwärtstrend vorstellen konnte. Zwar blieb die Steinkohleförderung an der Saar, 1957 16,29 Millionen Tonnen, bis 1961 jahresbezogen jeweils über 16 Millionen, die Beschäftigtenzahl ging aber von 64.961 im Jahr 1957 auf unter 50.000 im Jahr 1961 zurück. Zwischen dem 14.7.1958 und dem 22.8.1960 wurden 34 Feierschichten gefahren „als Folge der seit 1958 veränderten Verhältnisse auf dem Energiemarkt“, womit insbesondere das billige Öl, aber auch die gegenüber der heimischen deut-



Förderturm der Anlage Götteborn nach der Fertigstellung 1997 | Foto: RAG

lich günstigere Importkohle gemeint waren. Im April 1959 wurde die Grube St. Barbara stillgelegt und Ende Dezember 1959 wird der Abbau im Feldesteil St. Ingbert der Grube Maybach eingestellt. Mit forcierter Technisierung besonders im Abbau, der Zusammenlegung der Gruben zu Verbundanlagen und, in Zusammenarbeit mit der HBL (Houillères du Bassin de Lorraine), der Erschließung der Warndtfelder durch den Bau der Grube Warndt, die im Mai 1963 die Förderung aufnahm, versuchte Saarberg der veränderten energiewirtschaftlichen Situation zu begegnen. Wie dramatisch die Entwicklung zwischen 1960 und 1970 war, verdeutlichen folgende Zahlen:

Jahr	Förderung (t)	Belegschaft
1960	16.233.725	52.964
1970	10.554.096	26.883

Während sich der Anteil des Öls am Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1960 und 1970 von 21 Prozent auf 55 Prozent steigerte, halbierte sich der Anteil der Steinkohle im selben Zeitraum auf rund 29 Prozent.

Für die Organe der Saarbergwerke AG galten ab 1.1.1957 die Vorschriften des 1951 in Kraft getretenen Montan-Mitbestimmungsgesetzes. Erster Vorsitzender des Aufsichtsrates war der saarländische Finanzminister Prof. Dr. Adolf Blind, Karl van Berg von der IG Bergbau war sein Stellvertreter. Erster Vorsitzender des Vorstandes wurde Dr. Hubertus Rolshoven, erster Arbeitsdirektor Wilhelm Dietrich. Aus der ersten Gesamtbetriebsratswahl ging die IG Bergbau als stärkste Fraktion hervor, Anton Hehl wurde dessen erster Vorsitzender. Der stetige Belegschaftsabbau und eine starke Überalterung ihrer Mitglieder ließ die Gewerkschaft Christlicher Bergbau- und Energiearbeiter im Saarland manövrierunfähig werden; 1966 erfolgte der Anschluss an die IG Bergbau, womit die Einheitsgewerkschaft der Saarbergleute wiederhergestellt wurde.

Mitten in der krisenhaften Entwicklung Anfang der 1960er Jahre ereignete sich das folgenreichste Grubenunglück in der Geschichte des Saarlandes. Am 7. Februar 1962 kostete eine Schlagwetter- und Staubexplosion im Alsbachschat der Grube Luisenthal 299 Bergleute das Leben. Im Mai 1962 traten 45.000 Bergleute in einen unbefristeten Streik, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. Es ist aber nicht völlig von der Hand zu weisen, dass sich bei der Entscheidung für den Streik, der nach einer Woche erfolg-



reich beendet wurde, auch die Verärgerung der Bergleute Luft verschaffte über die schwerwiegenden Sicherheitsmängel, die nach und nach ans Licht kamen und für das Unglück in Luisenthal mitverantwortlich waren. Saarberg versuchte, sich – teilweise durchaus erfolgreich – neben der Kohle als Kerngeschäft andere Geschäftsfelder zu erschließen. Kohleveredlung, Stromwirtschaft, Versuche des Aufbaus eines Saarlor-Chemie-Projektes in Kooperation mit der HBL, der Einstieg in die Werkzeugbranche und das langfristig erfolgreiche Engagement in der Fernwärmeversorgung sollen als Stichworte genügen. Wer weiß heute noch, dass Saarberg mit der Marke Frisia einmal über ein eigenes Tankstellennetz mit bundesweit 600 Stationen verfügte?

Die Zeit der Ölkrise 1973 und 1979 ließ kurzfristig die Hoffnung auf eine Renaissance der deutschen Steinkohle keimen. Die Mitarbeiterzahl bei Saarberg stieg von 1979 bis 1981 von 22.700 auf knapp 26.000. 12.200 Untertagearbeiter förderten 1981 gut zehn Millionen Tonnen Kohle; im gleichen Jahr wurden über 2.600 Auszubildende eingestellt. 1982 blickte Saarberg durchaus optimistisch in die Zukunft, wie in der Festschrift anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Saarbergwerke Aktiengesellschaft zu lesen ist. „Der Saarbergbau ist der größte Arbeitgeber des Saarlandes und stellt rund 17 Prozent aller in der saarländischen Industrie Beschäftigten. Die im Saarbergbau gezahlten Löhne, Gehälter und Renten betragen im Jahr 1981 insgesamt rund 2,2 Milliarden Mark. (...) Jeder 5. Schulentlassene bewirbt sich im Saarbergbau. (...) Als Rohstoff- und Energielieferant liefert der Saarbergbau 8,3 Mio t SKE (= Steinkohleeinheiten, J.H.) zum Verbrauch im Saarland entsprechend einem Anteil von 75 Prozent am Primärenergieverbrauch des Saarlandes...“ So beeindruckend diese Momentaufnahme Ende 1981 war, so grundverkehrt war die formulierte Zukunftsentwicklung mit der Aussage, „die Bedeutung des Saarbergbaus für die Saarwirtschaft wird auch in der Zukunft nicht abnehmen“. Bei allen (Zukunfts-) Ängsten und Problemen im Einzelfall bleibt festzuhalten, dass der drastische Belegschaftsabbau bei Saarberg, Ende 1957 64.961 Mitarbeiter, Ende 1981 25.954, durch Anpassungshilfen und andere Maßnahmen weitgehend sozialverträglich vor sich ging.

Die Hoffnungen nach der 2. Ölkrise 1979 verfliegen für den deutschen Steinkohlebergbau schnell. Kapazitätsanpassung war das Schlagwort der folgenden Jahre. Kohlerunden zwischen der Bundesregierung, den Kohleländern Saarland und NRW, Gewerkschaften und Bergbauunternehmen versuchten ab Ende der 1980er

Jahre in immer kürzeren Abständen, verbindliche Rahmen für Förderkapazitäten, Belegschaftszahlen und Subventionierung im Steinkohlebereich festzulegen. Ende der 1980er Jahre hoffte Saarberg mit dem Drei-Standorte-Modell eine langfristige Sicherung des Saarbergbaus mit 8,2 Mio. Tonnen Jahresförderung bei einer Belegschaft von 15.000 Mitarbeitern gefunden zu haben. Als dieses Konzept mit der Fertigstellung des Verbundbergwerkes Ost, der Zusammenlegung der Bergwerke Götteborn und Reden, im November 1995 weitgehend abgeschlossen war, stand es allerdings auch schon infrage.

Anfang März 1997 wurde bekannt, dass die Bundesregierung die Kohlebeihilfen drastisch kürzen wollte, wodurch das Ende des Saarbergbaus mit Massentlassungen drohte. Das löste die heftigste gewerkschaftliche Streik- und Widerstands-

auch zukünftig sozialverträglich weitergehen. Ergebnis war aber auch, dass die Förderung an der Saar wegen Kapazitätsanpassungen nur noch in zwei Gruben erfolgen konnte und Saarbergwerke AG und Ruhrkohle AG fusionieren mussten. Dann ging alles ganz schnell. Zum 1. September 2000 wurde das Verbundbergwerk Götteborn/Reden stillgelegt, zum 1. Januar 2004 entstand das Bergwerk Saar aus den Standorten Ensdorf und Warndt-Luisenthal. Seit 2007 übernahm die RAG-Stiftung die Aufgabe, das politisch auf das Jahr 2018 festgelegte Ende des subventionierten Steinkohlebergbaus sozialverträglich umzusetzen. Nach den für die Bevölkerung unzumutbaren bergbaubedingten Erderschütterungen im Flöz Schwalbach, die am 23. Februar 2008 mit der Stärke 4,0 auf der Richterskala ihren Höhepunkt erfahren hatten, beschloss der



Im Frühjahr 1997 zogen streikende Bergleute und viele Unterstützer über die Stadtautobahn zum saarländischen Landtag | Foto: Riede

aktion in der Geschichte des Saarlandes aus. Autobahnblockaden im Saarland und eine Demonstration von bis zu 30.000 Teilnehmern von Völklingen zum Saarbrücker Landtag auf der A 620 waren Ausdruck der Existenzangst der Saarbergleute. IGBE-Bezirksleiter Gerd Zibell sprach auf der Kundgebung vor dem Landtag mit Bezug auf die Regierungsvorschläge von „Sterbegeld“. Saarpolitik und Saarbevölkerung solidarisierten sich in großer Einigkeit mit den Bergleuten. Zehntausende Kumpel von der Ruhr und von der Saar fuhren nach Bonn, um ihrer Entschlossenheit Ausdruck zu geben, um für ihre Zukunft zu kämpfen. Nach schwierigen Verhandlungen mit der Bundesregierung wurde zwar kein „strahlender Sieg“, aber ein Erfolg errungen. Im Saarland sollte es einen lebensfähigen, wenn auch deutlich reduzierten Bergbau auch nach 2005 geben, und der Belegschaftsabbau konnte

Aufsichtsrat der RAG, das Ende des Bergbaus im Saarland auf den 30. Juni 2012 festzusetzen.

Die Kohleförderung an der Saar hört auf; Aufgaben für die RAG bleiben noch Jahrzehnte erhalten: Regulierung der Bergbauschäden, Wasserhaltung oder die Verwahrung der ca. 20.000 Kohle-Deputate. Ehemalige Bergbauflächen in großem Umfang bieten sich für neue Nutzungen an, wie zum Beispiel bei der Tagesanlage und Bergehalde Duhamel angedacht. Darüber hinaus bedarf es guter Konzepte und finanzieller Mittel, um die Bergbaugeschichte dauerhaft zu sichern und attraktiv zu präsentieren. Sie ist in Kultur, Sprache, Landschafts- und Straßenbildern, industriekulturellen Anlagen, aber auch im Wirtschafts- und Sozialleben noch über Jahrzehnte lebendig im Saarland, wenn auch nicht mehr bestimmend.

Joachim Heinz

Bergbau an der Saar, Teil 3

Prägende Kraft für die Wirtschaft des Landes



Foto: Oettinger

Bis Mitte der 50er Jahre verzeichnete kein Wirtschaftszweig im Saarland so viele Beschäftigte wie der Bergbau. Von ihm hingen auch viele Arbeitsplätze in anderen Bereichen ab. Doch schon 1958 begann der Niedergang der Kohle.

Die RAG hat 13.000 Hektar Grundbesitz. Mit dem Kohleausstieg im Saarland werden etwa 2.500 Hektar Wald, Forst und Industrieflächen frei. Auf mittlere Sicht können davon hierzulande ca. 310 Hektar für Fotovoltaik genutzt werden mit einer Leistung von bis zu 180 Megawatt. „Die Saarländer sind im Vorteil: Da scheint die Sonne einfach öfter“, so RAG-Chef Bernd Tönjes. Allerdings ist mit diesem Umstieg auf erneuerbare Energien keine so große Zahl an Arbeitsplätzen mehr verbunden wie mit dem Bergbau.

Als 1945 die französische Militärregierung die Verwaltung des Saarlandes übernahm, belief sich die Belegschaft in den Gruben an der Saar auf 36.458 Beschäftigte (Jahresendstand, ohne Privatgruben). In allen Revieren des Steinkohlenbergbaus der Bundesrepublik zusammen betrug Ende 1945 die Beschäftigtenzahl 340.375. Im Saarland war der Belegschaftshöchststand im Jahr 1949 mit 67.512 Beschäftigten erreicht. Bundesweit erzielte die Beschäftigtenzahl ihr Maximum erst 1957 (607.349 Beschäftigte).

Seit 1949 waren die saarländischen Gruben nicht mehr Teil des interalliierten Kohlen-„Pools“, in den bis dahin die Förderung eingebracht werden musste. Die Saargruben standen damals unter französischer Regie („Régie des Mines de la Sarre“). Die „Saarbergwerke“ wurden am 1. Januar 1954 gegründet. Die Förderung der Saargruben belief sich damals auf rund 16,2 Millionen Tonnen bei einer Belegschaft von 64.238 Beschäftigten. Ohne Verwaltungspersonal gab es 58.963 Beschäftigte, davon 37.645 Untertage- und 10.206 Übertage-Beschäftigte sowie 11.112 Beschäftigte in Nebenbetrieben.

Nach den Auszählungen der Arbeitsämter zum Stichtag 31.3.1954 belief sich die Zahl der Beschäftigten im Saarland insgesamt auf 308.791. Davon hatte der Bergbau einen Beschäftigtenanteil von 21,6 Prozent. Die eisenerzeugende Industrie kam damals auf 38.374 Beschäftigte (= 12,4 Prozent). In den weiterverarbeitenden Metallbereichen (Eisen-, Stahl- und Metallwarenherstellung) gab es weitere 11.852 Beschäftigte (= 3,8 Prozent). Kein Wirtschaftszweig, weder in der In-

dustrie noch im Dienstleistungsbereich, war damals beschäftigungsstärker als der Bergbau.

Bis 1956 waren die saarländisch-lothringischen Kohlelieferungen in die Bundesrepublik von der französischen Regierung subventioniert worden. Alle Rabatte wurden aber sukzessive abgebaut und die Preise an die der deutschen Reviere angeglichen.

Lieferungen von Saarkohle in die Bundesrepublik gingen meist auf den süddeutschen Markt. „Der Rückgang in der Versorgung mit Saarkohle veranlassete Mitte Oktober (1956) die Bundesregierung, auf Betreiben der süddeutschen Landesregierungen, bei der Hohe Behörde vorstellig zu werden. In dem betreffenden Kommuniqué wurde auf die wachsenden Versorgungsschwierigkeiten mit Saarkohle aufmerksam gemacht, die vor allem in den bayerischen Molkereien zu ernststen Störungen geführt hätten, und die Hohe Behörde gebeten, auf eine gleichmäßigere Belieferung Süddeutschlands hinzuwirken“, berichtete damals das Statistische Amt des Saarlandes.

Und weiter: „Da die Preise für saarländische und lothringische Kohle in Süddeutschland nur geringfügig über denen für Ruhrkohle lagen und mit Abstand niedriger waren als die für die übrige importierte Kohle, wurde der Rückgang bzw. der Wegfall der Lieferungen aus dem Saarland und aus Lothringen als besonders unangenehm empfunden.“

Der Übergang von den „Saarbergwerken“ unter französischer Regie auf die „Saarbergwerke AG“ als neues bundes- und landeseigenes Unternehmen erfolgte 1957, im Jahr der politischen Rückgliederung zur Bundesrepublik Deutschland. Die wirtschaftliche Rückgliederung fand dann am 6. Juli 1959 statt.

Hohe Behörde

Das entscheidende Organ der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) ab 1952. Die Mitglieder wurden von den Mitgliedsstaaten im Einvernehmen bestimmt. Die Hohe Behörde hatte neun Mitglieder, je zwei aus Frankreich, Deutschland und Italien und eines aus den Niederlanden, Belgien und Luxemburg. Erster Präsident: Jean Monnet.

Die Hohe Behörde konnte als supranationales Organ Rechtsakte (Entscheidungen) mit bindender Wirkung erlassen. Die Hohe Behörde wurde 1967 mit der Kommission der EWG fusioniert.



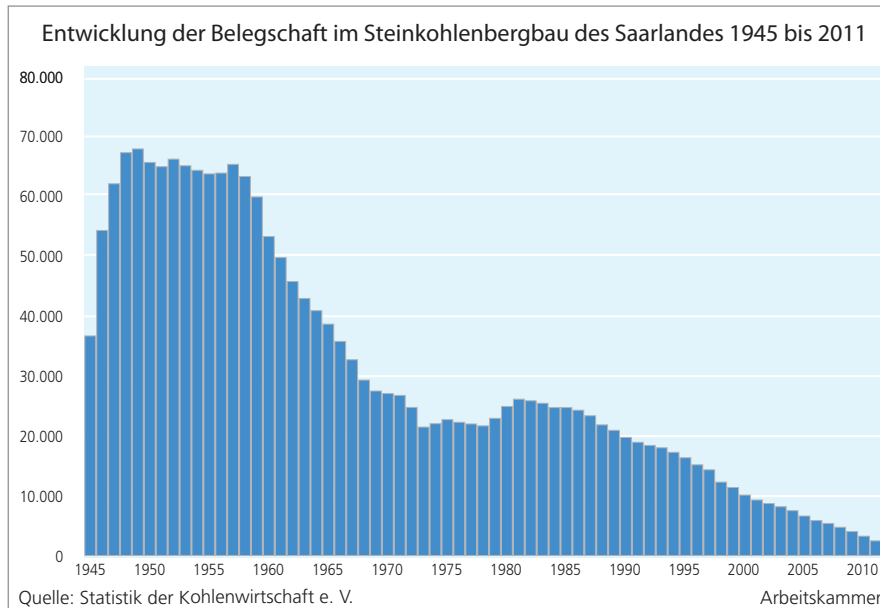
Der Niedergang der Kohle begann 1958. Bereits 1955 hatte die Förderung ein Maximum von 17,2 Millionen Tonnen jährlich erreicht. Mit den Strukturkrisen der Montanindustrie insgesamt begann in den sechziger Jahren ein Strukturwandel, der mit einem starken Rückgang an Arbeitsplätzen im Steinkohlenbergbau und in der Stahlindustrie einherging.

1960 brach die Beschäftigtenzahl der saarländischen Gruben um elf Prozent ein, nachdem sie bereits 1958 und 1959 um 3,1 bzw. 5,4 Prozent zurückgegangen war. Im folgenden Jahrzehnt halbierte sie sich nahezu von 52.964 im Jahr 1960 auf 26.883 im Jahr 1970. Danach gab es nur 1974 und 1975 infolge des ersten und von 1979 bis 1981 infolge des zweiten Ölpreisschocks Beschäftigungszuwächse, als das verteuerte Erdöl teilweise durch heimische Kohle ersetzt wurde. Dennoch war 1980 der Beschäftigungsstand um 7,9 Prozent geringer als zehn Jahre zuvor. Der Abbau setzte sich in den folgenden Jahrzehnten fort. Von 1980 bis 1990 fielen gut ein Fünftel und von 1990 bis zum Jahr 2000 – im Zuge der „Kohlerunden“ von 1991 und 1997 – nahezu die Hälfte der Arbeitsplätze weg. Von den gut 10.000 Beschäftigten im Jahr 2000 blieben Ende 2011 an der Saar gerade mal 2.427, fast genauso viele wie in Ibbenbüren, wohin 2010 bereits 249 und 2011 nochmals weitere 538 Bergleute von der Saar verlegt wurden. Ohne ein hohes Maß an Flexibilität werden auch die verbleibenden Verlegungen nicht möglich sein.

50 Jahre nach Beginn des Abbaus der Beschäftigten im saarländischen Bergbau belief sich der Montananteil nur noch auf sechs Prozent aller Erwerbstätigen, innerhalb der Industrie lag der Anteil aber immerhin noch bei gut 18 Prozent, wobei die Metallherzeugung und -bearbeitung noch einen Anteil von 14,9 Prozent hatte, während der Bergbau nur noch auf 3,1 Prozent kam.

Beginnend mit der Ansiedlung von Betrieben der Automobilindustrie Anfang der siebziger Jahre und deren Expansion in den folgenden Jahrzehnten konnte dieser Verlust an Arbeitsplätzen in der Montanindustrie zu einem guten Teil ausgeglichen werden. Darüber hinaus muss es als große sozialpolitische Leistung gesehen werden, dass – häufig trotz erheblicher Widerstände – der massive Beschäftigungsabbau ohne betriebsbedingte Kündigungen vonstattenging.

Das Ausmaß fehlender Arbeitsplätze durch die Beendigung des Bergbaus im Saarland kann nur näherungsweise geschätzt werden. Für die Verflechtungen des Steinkohlenbergbaus insbesondere mit den Zulieferern (z. B. Kraftwerke, Stahlindustrie), aber auch mit nachgelagerten Bereichen, kann man sogenannte



Multiplikatoreffekte berechnen, die angeben, wie viele weitere Arbeitsplätze von einem Arbeitsplatz im Bergbau abhängen.

Für den deutschen Steinkohlenbergbau wurden Multiplikatoren zwischen 0,92 und 1,3 berechnet, für das Saarland ein Wert von 1,15, das heißt auf einen Beschäftigten im Bergbau kommen im Durchschnitt 1,15 weitere Beschäftigte in vor- und nachgelagerten Bereichen.

Bezogen auf den Ende 2011 noch vorhandenen Belegschaftsstand von 2.427 Beschäftigten würde dies bedeuten, dass über diese 2.427 wegfallenden Arbeitsplätze hinaus mit einem weiteren Verlust von zusätzlich über 2.700 Arbeitsplätzen in anderen Wirtschaftsbereichen zu rechnen sein könnte.

In den vorgelagerten Bereichen gehören dazu einerseits Bergbauzulieferer im engeren Sinn, wie zum Beispiel Maschinenbau, Anlagenbau, Transporttechnik, aber auch Baugewerbe, Handwerk und sonstige Warenlieferanten. Ebenso betroffen sind Dienstleister aus den Bereichen EDV-Software, Planung, Transport und Reinigung.

In den nachgelagerten Bereichen geht Nachfrage verloren über zum Teil wegfallende Einkommen von Bergleuten (direkt Beschäftigte) und abhängigen Familienangehörigen und Selbständigen sowie abhängig Beschäftigten im regionalen Handwerk, Einzelhandel, sonstigen Dienstleistungen und bei Zulieferern (indirekt Beschäftigte). Diese Nachfrage rückgänge treffen auch Unternehmen der Region, wie etwa Einzelhändler, soziale und haushaltsbezogene Dienstleister bis hin zu Wohnungsanbietern (Baugewerbe, Vermietung).

Mitte der neunziger Jahre, also noch vor dem Kohlekompromiss von 1997,

hatte der saarländische Steinkohlenbergbau noch eine Wertschöpfung von 693 Millionen Euro, was an der gesamten Wirtschaftsleistung des Saarlandes einen Anteil von 3,3 Prozent ausmachte. Der weitere Rückgang wurde zum Teil ausgeglichen durch den Zuwachs in der Metallherzeugung und -bearbeitung, deren Wertschöpfungsanteil Mitte der neunziger Jahre noch bei 7,7 Prozent lag und bis 2008 auf knapp 10 Prozent anstieg. Aber auch der Fahrzeugbau konnte seinen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung in dieser Zeit mit einer Steigerung von 4,8 auf 9,1 Prozent fast verdoppeln.

Während zu Zeiten der alten montanindustriellen Monostruktur („Kohle und Stahl“) in vielen Familien mehrere Generationen „uff de Grub“ oder „uff de Hütt“ arbeiteten, hat sich mit der Herausbildung der neuen dualen Struktur (Auto und Stahl) eine Verschiebung hin zur Autoindustrie und ihren Zulieferern entwickelt, aber auch zu anderen modernen Industrien (Maschinenbau, Elektrotechnik) und zu Dienstleistungen.

Mit dem Bergbau endet nicht nur ein Stück Industriegeschichte, sondern für Generationen von Familien auch ein Stück Tradition und Heimatgeschichte. „Die Kohle geht, die Sonne kommt“, so Rudolf Krumm von den RAG Montan-Immobilien. Aber ob die neuen Energien und Industrien die gleiche identitäts- und kulturstiftende Kraft haben werden, darf bezweifelt werden. Die meisten Saarländer werden RAG-Chef Tönjes zustimmen können, wenn er sagt: „Der Bergbau hat die Menschen geprägt mit Werten wie Kameradschaft, Verlässlichkeit, Offenheit, Strebsamkeit. Das wird bleiben. Und ein Wort wird bleiben: Glück auf!“

Kurt Remus, Arbeitskammer

Die Entwicklung der Montanmitbestimmung

Auf Augenhöhe

Nach eher chaotischen Anfängen entwickelte sich im Laufe von 20 Jahren eine echte Mitbestimmung im Saarbergbau. Seit ihrer Einführung mussten sich die Betriebsräte bei Saarberg aber schon mit der Kohlekrise befassen.

Mit dem Anschluss des Saarlands am 1.1.1957 ging der Saarbergbau wieder an den deutschen Fiskus über und unterlag damit auch dem voll-paritätischen Montanmitbestimmungsgesetz, das 1951 vom Bundestag für die Bereiche Kohle und Stahl verabschiedet worden war.

Als im Herbst 1957 bei den Saarbergwerken die personelle Besetzung der gewerkschaftlichen Sitze im Aufsichtsrat und der Position des Arbeitsdirektors anstand, ging es den Saarländern primär um die Frage, ob es sich um Deutsche „aus dem Reich“ oder um Saarländer handelt. Das Nachklingen der politischen Kämpfe um die Saarabstimmung war noch über viele Jahre spürbar und zog sich durch die politische Biographie der Menschen. Für die Gewerkschaften im Saarbergbau gab es Wichtigeres als Mitbestimmung. Der damalige DGB-Vorsitzende Karl Dinges sagte im Rückblick: „Wir hatten alle Hände voll zu tun, um zu verhindern, dass das, was die Leute an Vorteilen aus der Franzosenzeit hatten, nicht von heute auf morgen verloren ging. Da war die Mitbestimmung schon ein bisschen sekundär behandelt worden.“

Die Mitbestimmung wurde eingeführt durch Spitzenfunktionäre vom Hauptvorstand der IG Bergbau in Bochum. Für sie stellte sich die gewerkschaftspolitische Situation an der Saar als ein verworrenes und chaotisches Feld dar, das gekennzeichnet war durch interne Zersplitterung, Konkurrenzgewerkschaften, das Fehlen stabiler regionaler Apparate und funktionsfähiger Betriebsräte. Bei der personellen Besetzung der Mitbestimmungspositionen verlief nichts nach Plan.

Bei der Besetzung der wichtigen Position des Arbeitsdirektors gab es eine Panne. Der Hauptvorstand hatte einen erfahreneren Arbeitsdirektor von der Ruhr vorgesehen, konnte sich aber auf der Betriebsrätekonferenz nicht durchsetzen, denn die schlug einen Saarländer vor, den Obersteiger Wilhelm Dinges, der dann der erste Arbeitsdirektor wurde, sich aber aus dem festgefügtten Herrschaftsgefüge des Unternehmens kein eigenes Ressort herauschneiden konnte, da ihm die Einbindung in den Funktionsapparat der

neuen Gewerkschaft fehlte. Die zentralistisch organisierte, straff geführte und sehr schlagkräftige IGB hatte Schwierigkeiten, sich angesichts der ihr chaotisch vorkommenden gewerkschaftlichen Situation an der Saar durchzusetzen.

Die Eingliederung der saarländischen Schwestergewerkschaft IV Bergbau in die IG Bergbau (die sich ab 1960 IG Bergbau und Energie – IGBE – nannte) war kräftezehrend. Sie erfolgte unter den Belas-



l Foto: Oettinger

tungen der alten parteipolitischen Fronten und der zahlreichen gewerkschaftsinternen Fraktionierungen und Zersplitterungen. Auf dem Vereinigungskongress mit dem IV Bergbau in Sulzbach kam es fast zum Eklat, als dessen Vorsitzender Paul Kutsch noch in letzter Minute für seinen Bezirk Sonderkonditionen als Einstandspreis aushandeln wollte. Die Fusion mit der Christlichen Gewerkschaft, die bis dahin fast so stark war wie der IV Bergbau, nun aber durch einen längeren Streik (1962) finanziell geschwächt war und unter Mitgliederschwund litt, erfolgte erst 1966. Für die Funktionäre aus Bochum war diese gewerkschaftspolitische Konstellation ein schwieriges Terrain, „denn irgendwie hatten die immer ein Feuerchen angesteckt. An der Saar war immer was los“. (Karl van Berk)

Diese Situation ist zu betrachten auf dem Hintergrund einer Belegschaft, deren Mentalität im westlichen Saarland („schwarze Gruben“, u. a. Ensdorf) noch stark in dörfliche und konfessionell gebundene Lebenswelten eingefügt und überwiegend in der Christlichen Gewerkschaft organisiert war, und im östlichen Saarland („rote Gruben“, vor allem Heinitz und Reden) in städtischen Konglomerationen lebte und eine industrielle Orientierung besaß, wobei beide gleichermaßen berufsständischen Leitbildern verhaftet waren, in denen vorbehaltlose Anerkennung des hierarchisch-strengen Grubenkommandos selbstverständlich war und noch vereinzelt Reste des alten „saarabischen“ Untertanengeistes nachhallten. Ein Befragter fasst die Situation mit der Bemerkung zusammen: „So wie die Verhältnisse an der Saar waren, konnte es nicht weitergehen.“

Die damaligen Betriebsräte waren keine machtbewussten Akteure, die auf

Augenhöhe mit den Bergwerksdirektoren verhandelten, sondern sie verstanden sich als Sozialabteilungen, die sich um Kantine und Werkswohnungen kümmerten. Auf den „schwarzen Gruben“ waren sie eher angepasst-pflegeleicht, und auf den „roten Gruben“, wo sie überwiegend kommunistisch wählten, waren es häufig hitzköpfige und aufbrausende Kämpfernaturen, die mit der Faust auf den Tisch klopfen, ohne dadurch mehr bei der Bergwerksdirektion zu erreichen. Beide Varianten neigten mehr zu kurzfristiger emotionaler Empörung als zu langfristigem strategischem Handeln. Auf die Frage, welche Änderungen in den Gruben in den ersten Jahren nach dem Anschluss stattgefunden haben, antwortet ein ehemaliger Betriebsrat: „Nichts hat sich geändert. Die Kohle blieb genauso schwarz wie früher.“

Das Zentrum der Mitbestimmung in den Saarbergwerken war der Aufsichtsrat. Hier gelang es den Abgesandten der IGBE-Hauptverwaltung, den Einfluss des Verbandes wirkungsvoll in Szene zu setzen. Für die saarländischen Betriebsräte war der unangefochtene und mit Macht praktizierte Führungs- und Regelungsanspruch der IGBE bei der Durchsetzung von unternehmenspolitischen Maßnahmen größter Tragweite ein Novum und eine faszinierende Erfahrung. Sie akzeptierten die Überlegenheit der „Überbetrieblichen aus Bochum“, die darin gründete, dass sie mit dem Management unabhängig und selbstbewusst auf gleicher Höhe umzugehen verstanden, sich in den schwierigen unternehmens- und branchenpolitischen Fragen als kompetent erwiesen und ihr Handeln strategisch an den übergeordneten Prinzipien des Hauptvorstandes ausrichteten. Diesen Funktionärstypus verkörperte vor allem der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Karl van Berk, Mitglied des Hauptvorstandes der IGBE, der zum zentralen Krisenmanager der Saarbergwerke in dieser Zeit wurde. An ihn erinnert sich ein saarländischer Betriebsrat, der selbst im Aufsichtsrat war: „Wie der mit dem Unternehmensvorstand umgegangen ist, das hat mir richtig Spaß gemacht. Der hatte die Qualifikation gehabt und die notwendige Expansionskraft. Der hat der Mitbestimmung im Saarbergbau das Gepräge gegeben. Der ist mir immer wie ein alter Preuße vorgekommen: hart, strack-geradeaus. Und so ist auch die IG Bergbau.“

Die Kohlekrise begleitet die Mitbestimmung seit ihrer Einführung bei Saarberg. Zwischen 1957 und Ende 1973 wurde die Belegschaft von 65.000 auf 21.300 reduziert. Der gesamte Maßnahmenkomplex wurde von den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat mitvollzogen. Die wesentliche Entscheidung, die ihnen die Zustimmung überhaupt ermöglichte, war der bereits auf der ersten Aufsichtsratsitzung festgelegte Beschluss, dass bei sämtlichen Krisenregelungen unter allen Umständen Entlassungen auszuschließen sind. Der Personalabbau wurde aufgefangen durch betriebliche Sozialpläne und durch die Unterstützung der öffentlichen Hand und der Bundesknappschaft. Er wurde unter hohem personalplanerischem Aufwand nach der Maßgabe bewältigt, so weit wie möglich soziale Härten zu vermeiden.

In der Belegschaft breitete sich mehr und mehr die resignative Grundstimmung aus: Der Bergbau an der Saar hat keine Zukunft mehr. Anders als mehrere Generationen zuvor sagten die Älteren nicht mehr zu ihren Söhnen: „Bub, geh uff die Grub.“ Die Bergleute hingen im Inneren mit Haut und Haaren am Bergbau, began-

nen aber nun, sich vom Unternehmen zu distanzieren.

Die Mitbestimmungsträger verhielten sich stets entsprechend der Maxime, die einer der Beteiligten 1982 so formulierte: „Wir haben immer unternehmerisch gedacht. Wir waren bereit, uns unter Schmerzen von Dingen zu trennen und uns auf den gesunden Bestand zu konzentrieren. Durch die Mitbestimmung ist die Saar als Bergbaustandort gesichert worden.“

Heute, wenige Wochen vor dem endgültigen Aus, wissen wir, dass diese Aussage nicht in Erfüllung gegangen ist. Es ist anders gekommen. Heute gibt es keinen „gesunden Bestand“ mehr. Der Lauf der Geschichte zeigt: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Die damaligen Akteure haben im begründeten Glauben auf ein gutes Ende das Mögliche getan und erreicht, dass der Bergbau an der Saar noch weitere 40

Neumann (1975-1982), zuvor Leiter des größten IGBE-Bezirks Dortmund, erweiterte machtbewusst und zupackend seine Zuständigkeit auf den Arbeitsschutz und das Ausbildungswesen. Mit ihm ist die Mitbestimmung ins Zentrum der betrieblichen Herrschaft eingedrungen. Ein früherer Betriebsdirektor, den wir 1982 befragten, berichtete: „Das Management stand unter dem Zwang, sich umzustellen. Darin ist die tatsächlich gestiegene Macht der Mitbestimmung zu sehen, dass ohne den Betriebsrat nichts mehr läuft. Zu sagen: ‚Betriebsrat hin oder her, das wird so gemacht‘, das geht nicht mehr. Der Grubendirektor weiß, dass er allein nichts mehr machen kann, und dass er keinerlei Karriere mehr macht im Unternehmen, wenn er nur Techniker ist.“

Dies ist eine Aussage von großer Tragweite für die sozialen Beziehungen in den



Alle Protest nutzte nichts, immer mehr Gruben wurden geschlossen | Foto: Riede

Jahre überlebte. Es besteht kein Zweifel daran, dass dieser Prozess der Schrumpfung auf den immer nur bis auf weiteres „gesunden Bestand“ ohne die Montanmitbestimmung, und das heißt ohne die Rolle der IGBE als Krisenakteur, nicht so wirtschaftsfriedlich abgelaufen wäre. Für sie war die Mitbestimmung der Dreh- und Angelpunkt, über den sie ihre industriepolitischen Zielvorstellungen im Unternehmen durchsetzte. Immer mehr wurde Mitbestimmung auch in der Erfahrungswelt der Bergleute an der Saar ein Synonym für IGBE, für „die“ Gewerkschaft.

Auch auf der Ebene des Arbeitsdirektors nahm die Mitbestimmung mit den Jahren mehr Gestalt an. Der zweite Arbeitsdirektor, Walter Lamprecht (1962-1975) – als ehemaliger Sekretär des IGBE-Hauptvorstandes ein Mann des Apparates –, führte 1970 die Betriebsdirektoren für Personal und Sozialwesen ein und schaffte sich damit ein eigenes Ressort. Der dritte Arbeitsdirektor Franz

Saarbergwerken, denn sie gibt Zeugnis davon, dass sich die über ca. eineinhalb Jahrhunderte gültigen autoritären Herrschaftsverhältnisse in der relativ kurzen Zeit von nur 20 Jahren komplett verändert hatten. Das war nicht das Ergebnis von internen, von unten aus den Betrieben selbst entstandenen Machtbildungsprozessen, sondern ist von oben unter dem Schirm der vom IGBE-Hauptvorstand gesteuerten Mitbestimmung und der durch sie in beharrlicher Arbeit Schritt für Schritt in die Wege geleiteten gewerkschaftlichen Reorganisation entstanden. So wurde die Montanmitbestimmung auch zu einem wichtigen Element der Veränderung der politischen Kultur im Saarland.

Hermann Kotthoff

Dr. Hermann Kotthoff ist Professor an der TU Darmstadt. 1988 veröffentlichte er gemeinsam mit Peter Ochs eine Studie über die Mitbestimmung in den Saarhütten und im Saarbergbau von 1957 bis 1982.



Enkel Christian, Sohn Jörg und Vater Rudi Maurer vor ihrem einstigen Arbeitsplatz, der Grube Luisenthal | Foto: D'Angiolillo

Bergbau an der Saar, Teil 4

Die Letzten ihrer Art

Früher war es ganz normal im Saarland, dass in einer Familie mehrere Generationen im Bergbau beschäftigt waren. So wie bei der Familie Maurer. Obwohl das Ende bekannt war, begann der Enkel noch eine Ausbildung bei der RAG.

In Rudi Maurers Familie war die Berufswahl seit Generationen kein Thema: Wer Bub war, ging auf die Grub. „Wir sind halt eine Bergmannsfamilie“, erzählt der Luisenthaler schmunzelnd und ein wenig stolz. Schon sein Großvater arbeitete untertage, das war im 19. Jahrhundert, genauso sein Vater und dessen Brüder und natürlich auch er selbst. Heute ist Rudi Maurer, 71, selbst Großvater und muss miterleben, dass die Familientradition bald abreißt. Sohn Jörg Maurer, 44, muss heute bei der Verlegung seiner Kumpel helfen, Enkel Christian Maurer, 17, kennt nur noch einen Lehrstollen von innen. Sie werden die Letzten ihrer Art sein. Dann ist endgültig Schluss.

Als Rudi Maurer 1954 als „Berglehrling“ auf Luisenthal anfang, standen die Saar-Gruben noch unter französischer Verwaltung. „Es gab wenig Urlaub, es

gab die 6-Tage-Woche, und Überstunden gingen bis in den Sonntag“, fasst er zusammen, was die Arbeitsbedingungen dieser Zeit unterschied von jenen, die seine Söhne später vorfanden.

Rudi Maurer reizten damals neben dem guten Verdienst vor allem die guten Aufstiegschancen am Bergmannsberuf: „Ausschlaggebend war für mich, dass der Bergbau uns damals das Studium auf der Ingenieursschule finanzierte.“ Diesen Weg schlug Maurer, nachdem er erst mal Knappe und Hauer war, zielstrebig ein. Nach dem Studium war er Steiger, sattelte noch mal zwei Semester drauf bis zum Titel Diplom-Ingenieur Fachhochschule. „Danach begann für mich eigentlich erst der Berufseinstieg so richtig, dann gingen die Beförderungen weiter im Betrieb“, sagt Maurer. Bis zum Betriebsführer hat er es gebracht, „die höchste Stufe, die man

ohne Akademie erreichen kann“. Als er 1996 in den Ruhestand ging, hatte er 42 Jahre in Luisenthal geschafft, immer auf derselben Grube. Auch seinem Sohn Jörg Maurer versprach der Bergbau einen sicheren Arbeitsplatz fürs Leben. „Komm auf die Grub, da gehst Du in Pension“, hieß es noch 1983, als Maurer junior in Luisenthal die Ausbildung zum Bergmechaniker antrat, wie vor ihm auch Stefan, sein älterer Bruder. „Was die Grube ist, haben wir ja schon als Kinder gewusst“, erzählt Jörg Maurer. „Wenn ich zur Schule ging und an der Kohlenwäsche vorbeikam, da hat man gewusst, da arbeitet der Papa und manchmal hat er auch gewunken, wenn er auf der Frühschicht war. Da waren wir als Jungen natürlich ein bisschen drauf stolz.“

Dass die Arbeit untertage gefährlich ist – auch das war den Maurers sehr wohl bewusst. Schließlich ereignete sich das Grubenunglück von Luisenthal, das schwerste aller Zeiten im Saarbergbau, in Rudi Maurers aktiver Zeit. Sohn Jörg aber musste erfahren, dass schon ein Unfall an einer Maschine, der nicht tödlich ausgeht, das Leben tiefgreifend verändern kann. Mitte der 90er traf es ihn. Darüber reden will er nicht. „Knie kaputt“, entfährt es Vater Rudi Maurer. Bis alles verheilt war, vergingen einige Jahre. Untertage fahren konnte Jörg Mauer nun nicht mehr. Eine



Zeit lang wurde er in der Kohlenwäsche eingesetzt, dann in der Lampenstube. „Das fällt einem als Bergmann nicht leicht, die ganzen Kollegen kamen da ja an einem vorbei“, erinnert sich Jörg Maurer. Er musste lernen damit klarzukommen, fand eine neue Herausforderung. Als Schwerbehindertenvertrauensmann ging er zum Bergwerk Saar in Ensdorf.

Und heute? Erfüllt er in diesem hypermodernen Bergwerk eine Aufgabe, die er sich wohl nie hat träumen lassen. Im sogenannten Verlegebüro der RAG-Personalabteilung betreut er die Kollegen, die nach Ibbenbüren verlegt werden. Rund 450 Ensdorfer Kumpel sind schon ins nördliche Münsterland gewechselt, rund 600 steht es noch bevor. Denn am 30. Juni ist endgültig Schicht im Schacht.

Seit 2008 steht dieses Ende fest. Dennoch hat Jörg Maurer seinem Sohn Christian zu einer Ausbildung im Bergbau geraten – und der hat den Rat befolgt. Es sei ja eine gute, fundierte Ausbildung, die die RAG biete, sind sich Vater und Sohn einig. „Es hat mich interessiert, noch etwas mitzubekommen vom Bergbau“, erklärt der 17-Jährige. Seit September 2010 lässt er sich bei der RAG Bildung, inzwischen vom TÜV Nord übernommen, zum Industriemechaniker ausbilden. „Dein Chef war früher mein Lehrbub.“ Sein Opa lacht. Auch wenn das Berufsbild des Bergmechanikers passé ist, eine bergmännische Grundausbildung im Velsener Lehrstollen gehört bei Christian Maurers Ausbildung noch dazu. „Da muss man Motor wechseln vom Walzenschrämlader, das übliche halt, was man machen muss, wenn man untertage für die Maschinen zuständig ist“, erklärt der Azubi. Doch untertage fahren wird er nicht. „Ich könnte es, man macht das eigentlich im dritten Lehrjahr, aber das ergibt keinen Sinn“, sagt er nüchtern. Zwölf seiner Azubi-Kollegen nehmen die Gelegenheit wahr, noch einmal echte Grubenluft zu schnuppern. Mehr wäre den Steigern auch nicht recht, da sie sonst vor lauter Aufsicht nicht mehr zum Arbeiten kommen, hat Christian Maurer gehört. Er selbst will lieber ein Praktikum in einem Betrieb machen, der ihn nachher womöglich übernimmt. So wie sein älterer Bruder, der wechselte nach der Ausbildung im Bergbau zu ZF.

„Mein Ältester ist ein bisschen mit Wehmut weggegangen.“ Vater Jörg Maurer weiß auch warum: „Er ist zwar bei ZF gut unter, aber es ist nun mal kein Bergbau, es ist einfach eine andere Welt“.

Zuhause, am Familientisch, habe man eigentlich nie viel über den Bergbau geredet, auch nicht über frühere Zeiten, sagt Jörg Maurer: „Wir kannten ja alle die Grube, alle waren im Bergbau, es war kein Thema – bis 2008.“ Und dann fällt ein harter Satz: „Der Beruf des Bergmanns ist



Heute arbeitet Jörg Maurer im Bergwerk Saar in Ensdorf und betreut dort alle die Kollegen, die nach Ibbenbüren verlegt werden

Foto: D'Angiolillo

mit der Bewegung der Bergbaueegner in Nalbach zerstört worden.“ Es sei ja so weit gegangen, dass Bergmannskinder morgens in der Bäckerei nicht mehr bedient worden sind, ergänzt Senior Rudi Maurer. Genoss man früher hohes Ansehen und Wertschätzung, sah man sich plötzlich zu Underdogs deklariert. Vom Bergmann zum Buhmann – ein harter Fall.

„Natürlich, die Erschütterungen, die darf man nicht kleinreden, aber das Ganze dann so abrupt zu beenden...“, Jörg Maurer schüttelt den Kopf. Wenn die Politik das Bergbauende statt für 2012 wenigstens für 2016 verfügt hätte, meint Rudi Maurer, dann wäre den Kumpels, die jetzt für ein paar Jahre weggehen müssen, viel erspart geblieben. „Wenn man sich vorstellt, dass 1.450 Leute verlegt werden müssen, das ist ja ein ganzes saarländisches Dorf, das dann nicht mehr da ist, denn die Kollegen haben ja auch Frauen und Kinder.“

„Für jeden, den es trifft, ist das eine harte Nummer“, betont Jörg Maurer, der das im Verlegebüro täglich miterlebt. Zwar werde über die Verlegung nach Ibbenbüren nach der Sozialauswahl entschieden, doch viele Kollegen hätten Familie, teilweise pflegebedürftige Eltern: „Die wissen noch gar nicht, wie sie das alles regeln sollen.“ All diese Sorgen und Fragen, die prasseln dann erst mal auf das Team im Verlegebüro ein. „Man versucht dann halt so gut wie möglich, diese Leute zu unterstützen“, sagt Jörg Maurer. Sie bekämen ein Jobangebot, wengleich in 480 Kilometer Entfernung, das dürfe man auch nicht schlechtreden. „Aber ich will niemand überreden, die Entscheidung

muss jeder selbst treffen.“ In den 1980er Jahren noch war es genau umgekehrt, erinnert sich Senior Maurer. „Da haben wir im Bergbau massenhaft Handwerker eingestellt – Schlosser, Schreiner, Schuster, sogar Köche und Pizzabäcker, also alles, was es gab.“ Böse Ironie des Schicksals. Jörg Maurer: „Teilweise sind es genau diese Leute, die wir jetzt verlegen müssen.“ Und in einem Jahr betrifft es auch ihn.

„Ja, am Ende rationalisierst Du Dich selbst“, Rudi Maurer lacht bitter auf. Gleich von zwei Söhnen muss er sich trennen, mitansehen, wie deren Familien auseinandergerissen werden. Nur die Schwiebertöchter und Enkelkinder bleiben da. „Wenn ich weggehe, ist der Christian noch mitten in der Lehre und die Kinder in dem Alter sind nicht die einfachsten, damit steht meine Frau alleine da“, sorgt sich Jörg Maurer. Bei seinem Bruder Stefan ist es ähnlich. Der hat einen Sohn und eine Tochter: „Wir haben noch nie so intensiv über unsere Familie geredet, wie in den letzten drei Jahren.“

Ob sie sich jedes Wochenende werden sehen können? Seine Frau sei zwar bereit, auch mal mit dem Auto nach Ibbenbüren zu fahren. Doch Großvater Maurer ist skeptisch: „Das geht ja auch ins Geld.“ Jörg Maurer will nach vorn schauen: „Wenn ich zurück bin, in viereinhalb Jahren, dann sieht die Welt schon anders aus.“ 2018, wenn auch Ibbenbüren dicht gemacht wird, geht er mit 50 in den vorgezogenen Ruhestand.

Einfach werde das aber auch nicht, mahnt Rudi Maurer und fängt an zu rechnen. Bei der Teuerungsrate und der minimalen Rentenanpassung! „Da ist man nach zehn Jahren 20 Prozent der Rente los und da ist man erst 60. Das Geld reicht dann nicht mehr, man muss sich eine Beschäftigung suchen.“

Was bleibt an gemeinsamen, schönen Erinnerungen, wenn die Bergbau-Ära zu Ende geht? Ein letzter Blick zurück: „Die Kameradschaft war einfach größer“, sagt Jörg Maurer. „Ja, die war sprichwörtlich“, pflichtet sein Vater Rudi Maurer bei. Da kann selbst der 17-jährige Azubi Christian aus eigener Erfahrung mitreden: „Im Bergbau ist man füreinander mehr als nur Arbeitskollege, man unterhält sich richtig, man setzt sich auf der Grub nach der Arbeit noch in die ‚Kaffeekisch‘ und trinkt einen zusammen.“

Aber so richtig bergmännisch reden, das könne man heute mit den Jungen nicht mehr, meint Jörg Maurer bedauernd. Was das heißt? Rudi Maurer grinst: „Na, Klartext reden“. „Wenn de de Arsch nit hochkrischd – so auf die Art und Weise“, gibt Jörg Maurer ein Beispiel. Rau, aber herzlich. „Das können die heut nicht mehr ertragen...“

Silvia Buss

Der Bergbau hat alle Bereiche des Lebens geprägt

Die Wurzel der Kultur

Was heute als „spezifisch saarländisch“ angesehen wird, stammt zum größten Teil aus der bergmännischen Geschichte – vom Vereinsleben bis zu den Siedlungen. Das gesellschaftliche wie das kulturelle Leben waren davon beeinflusst.

Wir müssen festhalten: Vieles an Wissen, was die bergbauliche Vergangenheit des Landes an der Saar angeht, ist bei den Menschen in Vergessenheit geraten und mittlerweile nicht mehr Allgemeingut. Dies bezieht sich nicht nur auf die allgemeine, „große“ Geschichte. Auch viel „Alltägliches“ ist mittlerweile den Menschen abhanden gekommen. Der Sinngehalt bekannter bergbaulicher Begriffe ist heutzutage häufig unbekannt. Beispielsweise wird der Bergmannsgruß „Glückauf“ zumeist fehlgedeutet. Er meint, „das Glück möge den Berg auf tun“, damit der Bergmann reiche Lagerstätten findet. Das ehemals weit verbreitete bergmännische Liedgut ist nahezu „untergegangen“, selbst alle Strophen des „Steigerliedes“ können nur noch die wenigsten mitsingen.

Trotz alledem: der Bezug der Menschen zum Bergbau ist im Saarland noch immer vorhanden. Es waren schließlich Generationen von Bergleuten, die in den Gruben unter schwersten Bedingungen gearbeitet haben. Der Bergbau war „die“ Schlüsselindustrie und „der“ Leitsektor der gesamten Region. Entsprechend war der Bergbau im gesamten Land wahrnehmbar. Darstellungen mit bergbaulicher Symbolik fanden sich nicht nur in den Zentren des Steinkohlenbergbaus, also dem Saarkohlenwald, im Ensdorf-Schwalbacher Raum oder im Warndt. Schlägel und Eisen, die Symbole des Bergbaus, grüßten auch in solchen Orten, die weit außerhalb der eigentlichen Kohleabbaugebiete lagen, von Häuserwänden herab. In den Siedlungsbildern huldigen unzählige Straßennamen dem Bergbau. An den Hauptzufahrtsstraßen sind Transportwagen und Seilscheiben aufgestellt. Und selbst in vielen Gemeindewappen hat bergbauliches Motivgut Aufnahme gefunden.

Verschiedene Arten von bergmännischem Geleucht, bergmännisches Gezähe, Bergkameraden oder Energieblitze zieren beispielsweise die Wappen der Gemeinden Spiesen-Elversberg, Schiffweiler, Quierschied und Heusweiler sowie der Städte St. Ingbert, Neunkirchen, Völklingen, Bexbach, Friedrichsthal, Sulzbach und Saarbrücken. Auf Briefmarken sind Fördertürme und Fördergerüste, untätige Arbeitsvorgänge wie Arbeiten mit

dem Pickhammer oder aber Grubenpferde im Einsatz, abgebildet. Die französische Grubenverwaltung der Mines Domaniales Françaises de la Sarre hat in den 1920er Jahren sogar eigene, im übrigen kunstvolle Geldscheine mit herrlichen bergbaulichen Darstellungen drucken lassen. Einige Apotheken führen die Schutzheilige der Bergleute, die Heilige Barbara, im Namen.

Aus all dem lässt sich ableiten, dass der Bergbau in quasi alle Bereiche des menschlichen (Zusammen-)Lebens eingewirkt hat. Selbst in die Sprache hat der

heute im Saarland spürbar geblieben. Das 1841 vom damaligen Bergrat Leopold Sello in einer Denkschrift vorgeschlagene Prämienhaussystem entsprach dem Wunsch des Bergstaates, junge, kräftige Bergleute auf Dauer an das Revier zu binden. Bauwilligen Bergleuten wurde ein Darlehen gewährt, und unter bestimmten Voraussetzungen sollten sie auch eine Bauprämie erhalten. Mit dieser Maßnahme wurden die Grundlagen dafür gelegt, dass die Saarbergleute zur wohl aufreudigsten Berufsgruppe überhaupt wurden. Bereits im Jahre 1893 hatten zwei Drittel der Kameraden ein eigenes Haus. Vierzehn Jahre nach der Denkschrift stellte Oberberghauptmann Heinrich von Dechen befriedigt fest: „Es ist dabei ein Arbeiterstand gewonnen worden, der die Gruben nicht verlässt und der immer neue Arbeiter für dieselben erwachsen lässt.“

Damit war der Grundstein für die noch heute sehr problematische Immobilität der Saarländer gelegt. Die Festlegung auf einen Wohnort, auf einen Arbeitsplatz, gekoppelt mit einem durch den Hausbau ge-



Bergkapelle und Saarknappenchor | Foto: RAG

Bergbau Eingang gefunden. Das geflügelte Wort von der „Bergmannskuh“, womit ein wenig scherzhaft die früher allseits präsenzte Hausziege der Bergmannsfamilien bezeichnet wurde, können heute noch viele zuordnen. Vor allem das 1877–1880 von den Architekten Heino Schmieden und Martin Gropius konzipierte Verwaltungsgebäude der Königlich-Preußischen Bergwerksdirektion in Saarbrücken vermochte es, diesen allumfassenden Anspruch des Staatsbergbaus an der Saar zu vermitteln. Nicht ohne Grund galt der repräsentative Großbau als „die“ Zwingburg des Deutschen Bergbaus.

Besonders die vom staatlichen Saarbergbau entwickelte „Wohlfahrts- und Sozialpolitik“ ist in ihren Wirkungen bis

förderten Besitzdenken, führte schließlich zu einem Standesbewusstsein, das sich unter anderem auch in der Traditionspflege niederschlug und auch mit eine Ursache dafür war, dass sich eine Arbeiterbewegung an der Saar erst relativ spät entwickelte. Trotz des Erfolges des Prämienhaussystems wichen die Familienformen, die Lebensstile und die Haushaltsbudgets der im Bergbau Beschäftigten derart voneinander ab, dass sich kein auch nur halbwegs einheitlicher Typus bergmännischer Existenz ausbilden konnte. Zwischen den Zentren des Reviers und seiner Peripherie in den agrarisch geprägten Arbeiterrekrutierungsbezirken tat sich eine Fülle von Differenzierungen auf. Da waren die „Kolonisten“, die in den schachtnahen Kolo-

nien lebten. Sie waren geschaffen worden, um die übervölkerten Ortschaften vor allem im Saarkohlenwald zu entlasten. Ein hoher Prozentsatz der Gesamtbelegschaft war und blieb Fernpendler. Nur sonntags kehrten die „Ranzenmänner“, „Hartfüßer“ oder „Saargänger“ in ihre Dörfer heim, wochentags nächtigten sie als „Einlieger“ in Mansarden, Speichern oder Kellern von Kollegen. Oder sie bezogen Quartier in den mit militärischer Zucht und Ordnung geführten kasernenartigen Schlafhäusern. Daneben blieb der Bergmannsbauer „auf seiner Scholle“. Für die Bergleute bestand durch die Einkommenssituation ein Zwang zum landwirtschaftlichen Nebenerwerb. Hier musste die gesamte Familie mitanpacken, was oft nach der Schicht bis in die Nacht hinein getan wurde. Der Weg zum Arbeitsplatz auf den „Schwarzen Wegen“ konnte in extremen Fällen bis zu 15 Kilometer betragen.

Maßnahmen bekam der Preußische Bergfiskus den Saarbergmann „in den Griff“. So fehlte den Saarbergleuten fast vollständig jener kämpferische Wesenszug, der die Kumpel von Rhein und Ruhr so bekannt gemacht hat. Der Saarbergbau hat auch niemals die großen Wanderungsbewegungen erlebt wie der Ruhrbergbau. Seine Bergleute stammten vielmehr aus der Region und aus dem Umland, Zuwanderungen waren eher selten.

In vielen Erinnerungen von Bergarbeitern wird die Arbeit unter Tage als nachwirkendes Erlebnis beschrieben. Die Angst war ständiger Begleiter. Es war die Angst vor Seilriss, vor Gebirgsbruch oder vor „Schlagenden Wettern“. Das daraus resultierende „Zusammenrücken“ förderte auch das Entstehen neuer, anderer Gemeinschaften. Die Bergleute begannen, in der Gruppe ihren Interessen nachzugehen. Die Kleintierzucht und das Gärtnern auf

Bevölkerungskreise durchdringendes und regulierendes Massenphänomen endgültig durch. In Dudweiler, das um 1900 etwa 13.500 Einwohner zählte, existierten damals um die 140 bis 150 verschiedene Vereine.

Die für das Land an der Saar so prägende Vereinskultur ist ebenso staatlichen und somit bergmännischen Ursprungs wie die hiesige Festkultur. Die Bergfeste waren zweifelsohne einer der Höhepunkte im Jahresgang der Menschen. Fahnen mit bergbaulicher Symbolik und den Kennzeichen der königlich-preußischen Staatlichkeit, also Krone und preußischem Adler, sowie Uniformen beherrschten stets die Szenerie. Gottesdienst und Bergparade bildeten den feierlichen Auftakt des ganztägigen Ereignisses. Später spielte die Bergmusik zum Tanz auf. Reissuppe und Ochsenfleisch, dazu Bier „bis zum Abwinken“ ließen jedes Bergfest zum „Wambefescht“ werden. Die Verbrauchsmengen auf den Bergfesten waren immens, auf dem Heinitzer Bergfest 1910 wurden 5.100 kg Fleisch, 2.800 kg Schinken, 6.900 kg Brot, 750 kg Reis, 220 kg Salz, 130 kg Senf, 26.000 Liter Bier und 43.000 Stück Zigarren konsumiert.

Es kann nicht verwundern, dass sich auch die Kunst dieser derart dominanten Industrie gewidmet hat. Aus den Biografien zahlreicher bildender Künstler der Region wird die zum Teil intensive Beschäftigung mit dem bergmännischen Milieu ablesbar. Natürlich bedürfen „die“ saarländischen Industriemaler schlechthin, nämlich Walter Bernstein (1901–1981) und Fritz Zolnhofer (1896–1965), hier der ersten und besonderen Erwähnung. Aber auch in den Werken von Otto Weil, Richard Wenzel, Edgar Jené, Mia Münster, Richard Eberle, Hans Dahlem, Frans Masereel, August Clüßerath, Helmut Collmann, Adolf Bender, Fritz Grewenig, Wolfram Huschens, György Lehoczy, Werner Becker, Helmuth Oberhauser, Benno Breyer und Lukas Kramer, um einige Künstler zu benennen, finden sich wichtige Auseinandersetzungen mit der Arbeitswelt des Bergmannes. Innerhalb der Kunstgattung „Skulptur“ nimmt das Werk Fritz Koelles im Saarland eine herausragende Rolle ein. Generationen von Werksfotografen haben das Geschehen auf den Saargruben ebenso wie Foto-Künstler – von Otto Steinert bis hin zu Jens-Titus Freitag – festgehalten. Und schon früh haben saarländische Autoren begonnen, über die saarländische Mentalität nachzudenken und zu schreiben, darunter Johannes Kirschweg, Gustav Regler, Rainer Petto, Klaus Bernarding, Ludwig Harig, Alfred Gulden, Hans Bernhard Schiff, Johannes Kühn, Gerhard Bungert, Georg Fox, Ellen Diesel und Martin Conrath.

Delf Slotta



Die bergmännische Tradition wird heute noch gepflegt: Bergparade in Göttelborn | Foto: Slotta

Die mit Sicherheit einschneidendste Auswirkung des Industrialisierungsprozesses auf das Leben der Menschen war die Ausweitung der Familiengründungschance auf die gesamte Bevölkerung. Jeder Mann, der durch industrielle Lohnarbeit ein festes Einkommen hatte, konnte in der Hoffnung auf einen sicheren Arbeitsplatz heiraten, womit das Privileg der Ehe für die vermögenden Schichten verloren ging. Ein wesentlicher Schritt zu mehr gesellschaftlicher Gleichheit und zu mehr individueller Freiheit war vollzogen. Auf der anderen Seite bestand eine tiefe Verbundenheit mit den christlich geprägten sozialen Normen, die eine fast zwanglose Eingliederung in die jeweilige Ordnung mit sich brachte. Bemerkenswert erscheint, dass der Preußische Bergfiskus nach der Übernahme der Rheinprovinzen sehr früh die Bergleute mit Uniformen versah, die den mitteldeutschen Bergmannstrachten ähnelten. Durch solche

der eigenen Parzelle wurden zu beliebten Freizeitbeschäftigungen. Die Taube wurde zum „Rennpferd des kleinen Mannes“. Heimarbeit und Alltagskunst blühten auf, Sammelleidenschaften entwickelten sich. Die Industriegesellschaft organisierte sich in erster Linie aber in Vereinen. Es war vor allem in den 1840er Jahren, als an der Saar Bewegung in die Vereinslandschaft kam. Neben der Ausbreitung der zunächst noch meist bürgerlich zusammengesetzten Musik-, Gesangs- und Turnvereine, zu denen sich die ersten gleichfalls bürgerlich getragenen Schützen- und Karnevalsvereine gesellten, entstanden in den 50er und 60er Jahren zahlreiche Sterbe- und Krankenkassen – sowie Konsumvereine der Bergleute und Industriearbeiter, die ihrerseits durch die vom Katholizismus organisierten Knappenvereine und Bruderschaften ergänzt wurden. In der Kaiserreichszeit setzte sich das Vereinswesen dann als ein das soziale Leben aller



Blick aus der Luft auf den Standort Göttelborn mit seinem modernen (nie genutzten) Förderturm und dem neuen Photovoltaik-Feld | Foto: D'Angiolillo

Die Bergbau-Standorte und ihre Zukunft

Erste Pflänzchen sprießen schon

Erst relativ spät hat die Landespolitik erkannt, dass „Schicht im Schacht“ neben wirtschaftlichen, energie- und umweltpolitischen auch kulturelle Fragen aufwirft. Was bleibt künftig noch vom Bergbau, der Einstellungen und Werte geprägt hat?

Angesichts der Frage „Wie geht’s weiter?“ sind Politik, Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen, Wissenschaft und Bürgerinnen und Bürger im Saarland aufgefordert, nach richtungsweisenden Antworten zu suchen. Wenn auch noch lange nicht „auf den Punkt“ ausgereift, zeigen die dazu von der RAG entwickelten Ideen gangbare Wege auf (Motto: „Strukturwandel und Innovationsstrategie“). Sie gehen von folgenden Veränderungen aus, die sich gegenseitig beeinflussen:

- ▶ Wirtschaftlicher Wandel
- ▶ Demografischer Wandel
- ▶ Klimatischer Wandel
- ▶ Mentaler/kultureller Wandel.

Wirtschaftlicher Wandel: Was soll mit den vom Bergbau genutzten Flächen und Immobilien geschehen – in Abhängigkeit von Größe, bisheriger Nutzung, Bodenbelastung? Sie können zumeist problemlos „umgewidmet“ werden. Für die 2.500

Hektar Fläche im Besitz der RAG entwickelt diese bis Jahresmitte einen Strategie-Vorschlag. Die Ergebnisse sind dann von den betroffenen Gemeinden zu diskutieren. Vieles ist hier denkbar: Aufforstung, Freizeit, Photovoltaik, Biomasse-Gewinnung, Tourismus, Lagerflächen, Industriegebiete – oder in Sachen „Kultur“ und „Bergbau-Erbe“.

Demografischer Wandel: Gegenwärtig ist die RAG noch im Besitz vieler Immobilien (etwa 800 Gebäude), die zum Teil aus ihrem Engagement im Siedlungsbau stammen. Wie will man künftig zudem mit einigen der am stärksten von den Bergbau-Folgeschäden (Grubensenkungen) betroffenen Orten umgehen? Hier werden etwa Überlegungen zum Bau zeitgemäßer Wohnanlagen bzw. „Senioren-Residenzen“ angestellt (Beispiel: Fürstenhausen).

Klimatischer Wandel vollzieht sich langsam – und deshalb oft unbemerkt; bis

auf Ausnahmesituationen beim Wetter. So etwa ging in jüngerer Vergangenheit über der Gemeinde Quierschied ein Unwetter nieder mit Extremregen, überfluteten Kellern und Straßen. Hier könnten ehemals durch den Bergbau genutzte Flächen und Weiher helfen, die Folgen des Klimawandels abzumildern.

Mentaler/kultureller Wandel: Das ist der am schwierigsten „fassbare“ und klar zu definierende Bereich. Was soll, was kann hier im Sinne „Bewahrung des Bergbau-Erbes“ getan werden? Wie haben bereits vollzogene Veränderungsprozesse in den für das Saarland sehr wichtigen Segmenten „Kohle und Stahl“ das kulturelle Bewusstsein der Bevölkerung, Identität, Werte und Einstellungen beeinflusst? Wie wird sich das Ende des Bergbaus auswirken – in fünf, zehn, fünfzehn Jahren?

Für viele der Bergbau-Hinterlassenschaften fehlt bisher ein neues Nutzungskonzept. Allerdings zeigen sich an einigen Orten erste „zarte Pflänzchen“, die weiter in ihrem Wachstum zu unterstützen sind. So wird an den Standorten Göttelborn und Reden bereits ein Teil der dortigen Flächen und Gebäude neu genutzt. In Reden dient die alte Werkstatt nun als „Event-Halle“. Das (nicht unumstrittene) „Gondwana“ bietet Einblicke in Erdgeschichte, Tier- und Pflanzenwelt. Oder man kann die „Wassergärten“ besuchen, gespeist vom Grubenwasser aus der Tiefe. Die benachbarte Bergehalde dient dem „Alm-Ebi“ als vorübergehende Sommer-Resi-



denz und zieht tausende Besucherinnen und Besucher an.

Schließlich ist Reden über die „Landschaft Industriekultur Nord (LIK)“ mit anderen Standorten verbunden, was weiteres Entwicklungspotenzial eröffnet. Um den vorhandenen Ideen spontan eine weitere hinzuzufügen: Wie wäre es, den langen Aufstieg zum Plateau der Halde mit kleineren „Erinnerungsstätten“ an den Bergbau und die dort tätigen Menschen auszustatten – eine Art „Kreuzweg“ mit verschiedenen Stationen?

Der Energiewandel benötigt Speicherkapazitäten, etwa um die von Windkraftanlagen gelieferte Energie bei vorübergehend geringerer Nachfrage zu sammeln. Dazu gibt es Vorüberlegungen in Richtung „Pumpspeicherkraftwerk“: In Zeiten starker Energienachfrage gewinnen durch mit Wasser betriebene Turbinen im Grubenschacht Strom (Nutzung des Gefälles). Das Wasser unter Tage pumpt man dann „billiger“ bei temporär geringerer Energienachfrage wieder nach oben.

Auch der Klimawandel bringt neue Möglichkeiten: So könnte die Gemeinde Quierschied den nahen Absinkweiher der Grube Göttelborn nutzen, um bei Ausnahme-Wetter bedrohlich werdende Wassermassen aufzustauen. Im Saarland gibt es mehrere ähnliche Orte oder Flächen zur Hochwasser-Vermeidung. Damit könnten wir bestimmte Folgen des Klimawandels abmildern.

Wirtschaftliche Überlegungen verweisen das Thema „mentaler“ Wandel scheinbar auf den zweiten Rang, was sich jedoch als fatale Fehleinschätzung erweisen könnte. Denn das in jüngerer Zeit stark geschwächte Beharren der Saarländerinnen und Saarländer auf politische Eigenständigkeit hängt sicherlich mit einem



Hier blüht bereits neues Leben: die Wassergärten in Reden | Foto: D'Angiolillo

mental-kulturellen Wandel zusammen. Der wiederum vollzieht sich langsam, aber kontinuierlich – und wird beeinflusst durch die früher stark „sinnstiftende“ Bedeutung der Montanindustrie, also durch Kohle und Stahl. Vordem basierte das Bekenntnis „Saarländer senn ma“ auf einer Mischung von Werten und Einstellungen: Arbeiten und Leben in einer stark industriell geprägten Region; die – entgegen dem Klischee „rußgeschwärt“ – zugleich auch schöne Landschaften und Waldgebiete vorzuzeigen hat. Derzeit geht diese mentale Bindung zum Bereich „Montanindustrie“ mehr und mehr zurück, nachdem dort zehntausende Arbeitsplätze verloren gegangen sind.

Für diese Veränderungen existiert bereits ein aussagekräftiges Beispiel: Die Neunutzung der einst von den „Star-Architekten“ Martin Gropius und Heino Schmieden konzipierten Hauptverwaltung des preußischen Bergfiskus in Saarbrücken, die „Bergwerksdirektion“ – umgewandelt in 20.000 Quadratmeter Verkaufsfläche, die „Europagalerie“. Hier gab es bereits im Vorfeld intensive Auseinandersetzungen im Blick auf das „Bergbau-Erbe“ sowie geteilte Reaktionen auf das „Endergebnis“. Denn was die einen als ungeheuren Kulturfrevel verurteilen, sehen die anderen als pragmatische Lösung, um wenigstens das Gebäude in seinem äußeren Erscheinungsbild zu erhalten.

Demnach sind Antworten zu suchen auf die Frage: Wie gehen wir im Saarland künftig generell mit dem Thema Kohle und Stahl, mit unserer „Montan-Geschichte“ um? Derzeit steht das Weltkulturerbe Völklinger Hütte für Erinnerung und Aufarbeitung der früheren Eisenzeit. Vieles ist dort auf einem positiven Weg; sieht man einmal von den zugleich existierenden Fragestellungen (und zum Teil auch Fragwürdigkeiten) ab. Was die Kohlezeit angeht, kann das Land Ende des Jahres in Reden mit der Dokumentation „Das Erbe – die Ausstellung zum Bergbau im Saarland“ ein erstes Ausrufezeichen setzen.

Nach dem Ende des Saar-Bergbaus wird das „Zeit-Fenster“ nur begrenzt offenbleiben, um die Erinnerung an den Steinkohlebergbau und die damit verbundenen Wertvorstellungen nachhaltiger im „kollektiven kulturellen Gedächtnis“ zu verankern. Somit gilt: Man darf die wohl nächstliegende Frage, welche „sichtba-



Auch der Rechtsschutzsaal in Bildstock, eines der ältesten Gewerkschaftshäuser in Europa, zählt zu den Zeugnissen der Bergbaugeschichte | Foto: D'Angiolillo

ren“ Teile (Fördergerüste, Anlagen, Haldden, Weiher) in naher Zukunft zu erhalten sind, nicht allein den Experten überlassen. Dies wäre eine zu stark „technisch“ befrachtete Herangehensweise. Politik und die in geeigneter Form einzubeziehende Bevölkerung müssen dazu Stellung beziehen, Entscheidungen treffen und diese verantworten.

Eine Expertenrunde kann allerdings vorab eine „Prioritätenliste“ erstellen. Dazu dienen Kriterien wie etwa Alter, technische Besonderheiten oder Bedeutung für das Umland. Falls etwa nicht alle noch vorhandenen Fördergerüste/Fördertürme erhalten werden können, müssen

- ▶ „Itzenplitz III“ (ältestes Fördergerüst im Saarbergbau aus dem Jahr 1886),
- ▶ „Camphausen IV“ (weltweit erster Förderturm in Stahlbetonweise; erbaut vor rund 100 Jahren),
- ▶ „Göttelborn IV“ (Baubeginn Anfang 1990; mit futuristisch-spektakulärer Architektur und 90 Meter Höhe) mit an vorderster Stelle auf diese Liste. Doch es darf nicht bei einer einseitigen „Technik-Präsentation“ bleiben. Denn auch der Rechtsschutzsaal in Friedrichsthal-Bildstock als Sinnbild der Arbeitnehmerbewegung, Siedlungen und Prämienhäuser gehören zur Bergbaugeschichte.

Fazit: Die oben skizzierten Beispiele („auf dem Papier“ fixierte Ideen und die bereits realisierten Neunutzungsprojekte) entlocken dem Betrachter nicht unbedingt ein spontanes „Wow, das ist es – dahin muss die Reise gehen!“ Noch können diese Überlegungen und Praxisbeispiele den eingetretenen Verlust nicht ausgleichen. Andererseits gilt: Die Ideen erscheinen plausibel und die schon bestehenden Beispiele für die neue Nutzung der Bergbau-Hinterlassenschaften sind sicher ausbaufähig.

So wehmütig das Ende des Bergbaus auch stimmen mag – es darf nicht zugleich das Ende des Saarlandes einläuten. Die Aufgabe allerdings ist umfassend: Neben wirtschaftlicher Neubelebung bildet die erfolgreiche Suche nach einem neuen „Selbstverständnis“ von Land und Leuten eine der wichtigsten Bedingungen für den Fortbestand der politischen Eigenständigkeit. Fehlt ein auch kulturell gefestigtes, starkes Bekenntnis zur politischen Souveränität, wird diese schnell auf den Radarschirm der „Statistiker und Optimierer“ gelangen. Allen Sparanstrengungen des Landes zum Trotz rechnen diese dann auf der Basis von Kennziffern aus, was unter Kostengesichtspunkten optimal erscheint. Spätestens dann gilt zusammen mit der verlorenen kulturellen Identität auch für die politische Eigenständigkeit des Saarlandes: „Es war einmal ...“.

Volker Guthörl, Arbeitskammer

Im Gespräch mit Dietmar Geuskens

„Fataler Fehler“

Der Politik wirft der Bezirksleiter der IG BCE Saar vor, das Ende des Bergbaus willentlich herbeigeführt zu haben. Begonnen hat der Umschwung seiner Meinung nach bereits zu Beginn der Ära Kohl. Im Saarland sieht er Peter Müller als treibende Kraft.



Im Redaktionsgespräch erläutert Dietmar Geuskens in seinem Büro in der Fritz-Dobisch-Straße die Hintergründe für das Auslaufen des Bergbaus | Foto: D'Angiolillo

Fragt man Dietmar Geuskens nach seiner Einschätzung, wo die Ursachen für das Ende des Bergbaus im Saarland liegen, kann man nicht mit einer kurzen Antwort rechnen. Dazu ist der Bezirksleiter der IG BCE im Saarland zu sehr mit allen Zahlen und Fakten der Geschichte rund um die Steinkohleförderung vertraut. Dabei geht er zurück bis ins Jahr 1973, als die Ölkrise Deutschland einen Grundsockel an Arbeitslosigkeit bescherte und die Bundesregierung zu der Erkenntnis brachte, dass eine nationale Kohlereserve nötig sei. Bundeskanzler Helmut Schmidt gab damals die Losung 90/90 aus: Bis zum Jahr 1990 sollte die Kohleförderung wieder auf 90 Millionen Tonnen jährlich gesteigert werden.

In der Folge wurden der Jahrhundertvertrag zwischen stromerzeugender Industrie und dem Bergbau und der Hüttenvertrag zwischen Stahlindustrie und Bergbau geschlossen, erzählt Geuskens. Damit wurde der deutschen Steinkohle Vorrang vor der billigeren Importkohle eingeräumt. Die Preisdifferenz mussten die Stromkunden über den „Kohlepfennig“ bezahlen. Die politische Rückendeckung für die heimische Kohleförderung führte zu massiven Einstellungen in den Bergwerken,

erinnert sich Geuskens. In seiner Heimat am Niederrhein hingen Schilder an den Bergwerkstoren: „Wir stellen ein!“, in der Türkei wurden Anwerbebüros gegründet, auf Rheinpreußen erhielten Bergleute gar eine „Bleibeprämie“ in Höhe von zusätzlichen drei Monatsgehältern, wenn sie sich verpflichteten, drei Jahre nach Ende der Ausbildung im Bergbau zu bleiben.

Doch dann kam der Regierungswechsel in Bonn. „Die geistig moralische Wende von Helmut Kohl hat auch zum Ende des Bergbaus geführt“, davon ist Geuskens fest überzeugt. Denn ab jetzt habe die politische Auseinandersetzung um die Steinkohle eingesetzt, hauptsächlich aus Kostengründen. Vor allem die FDP habe schwer geschossen gegen den Bergbau, der Ideologie angehangen, dass alle Subventionen abgebaut werden müssten. Und dann ging es Schlag auf Schlag: 1994 wurde der Kohlepfennig abgeschafft, das Bundesverfassungsgericht erklärte ihn nach langen juristischen Auseinandersetzungen für verfassungswidrig. 1995 lief der Jahrhundertvertrag aus. Die Fördermengen sanken.

Bis in die 90er Jahre wurden trotzdem keine Entlassungen vorgenommen, erinnert sich Geuskens, sondern der Personal-



abbau seit 1972 durch das Anpassungsgeldgesetz (APG) geregelt. Doch der politische Druck erhöhte sich immer mehr. Als im März 1997 der sogenannte „Kohlekompromiss“ verkündet wurde, saß Geuskens mit einer Mitarbeiterin vorm Fernseher und ihm war sofort klar: „Jetzt sind alle Lampen auf Rot“. Der Kompromiss sah vor, die Kohlehilfen des Bundes bis 2005 drastisch von 8,25 Milliarden jährlich auf 3,8 Milliarden zu senken. Und die Beschäftigtenzahl von 84.000 auf 36.000 zu reduzieren. „Um sechs Uhr haben die Kumpel an der Ruhr die Arbeit eingestellt, um 12 Uhr die an der Saar“, erinnert sich der IG-BCE-Chef. 30.000 Menschen zogen über die Saarbrücker Stadtautobahn zum saarländischen Landtag. Geändert hat die machtvolle Demonstration letztlich – trotz Teilerfolgen – wenig.

Diese Tage haben aus seiner Sicht das Bild des Bergbaus komplett verändert. Das Unternehmen, die Saarbergwerke AG, ging verloren, Förderanlagen wurden stillgelegt, Bergwerke geschlossen. Dabei hatte man doch gerade in Göttelborn-Redden den modernsten Förderturm Europas fertiggestellt: „400 Millionen Mark standen da nutzlos in Stahl gegossen.“ Und im Saarland läutete seiner Meinung nach Peter Müller bereits 1999 vor der Landtagswahl die vorzeitige Sterbeglocke für den Saar-Bergbau. Da versprach er nämlich bereits bei einer Kundgebung aufgebrauchten Bergbaugeschädigten, im Falle seiner Wahl für ein vorzeitiges Ende der Kohleförderung an der Saar zu sorgen.

In Geuskens Augen war die politische Entscheidung, dass Deutschland aus der Kohleförderung und Kohleforschung ausgestiegen ist, „ein fataler Fehler“. Kohle sei heute der Grundlastträger weltweit, und mittlerweile hätte sich der Importkohlepreis im Vergleich zu 1992 verzehnfacht. Und eigene Kohlereserven vorzuhalten, wäre in seinen Augen auch heute noch klug. Nur auf erneuerbare Energien zu setzen, das hält er für einen gefährlichen Weg.

Und dann macht Dietmar Geuskens eine Rechnung auf: Das Bergwerk Saar war in der Planung für 2014/2015 zur Schließung vorgesehen. Und dabei ausgerichtet auf Gesteungskosten von 87 Euro pro Tonne. „2009 hätten wir die Schwelle überschritten und subventionsfrei gefördert“, rechnet der Gewerkschafter vor. Bei 3,3 Millionen Tonnen hätte das einen Gewinn von 20 Millionen Euro bedeutet, weil die Kohlepreise seither deutlich gestiegen seien. Sein Fazit: „Hätte es die Erdschütterung 2008 und Peter Müller nicht gegeben, würden wir im Saarland noch 2025 Kohle fördern.“ Das Ende des Bergbaus sei eben schon lange vor dem Beben politisch vorbereitet worden.

Gabi Hartmann

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

„Der Aderlass tut uns sehr weh!“

Vom Ende des Bergbaus an der Saar ist auch die IG BCE betroffen. Ein Besuch beim Bezirksleiter Dietmar Geuskens offenbart die dramatischen Veränderungen einer Gewerkschaftsorganisation, deren Arbeit sich bald auf die Branchen im Bereich der Chemie, Energie und Keramik konzentrieren muss.

Dietmar Geuskens erinnert sich an seinen ersten Arbeitstag im Saarland, als wäre es gestern gewesen: „Es war ein regner Tag, der 1. April 1988.“ Und heute sitzt der 51-Jährige als Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie in seinem Büro in der Saarbrücker Fritz-Dobisch-Straße. Der gelernte Bergbau-Elektroniker vom Niederrhein war als Jugendvertreter und später als Betriebsratsmitglied Interessenvertreter für die Kumpel. Bevor er an die Saar kam, absolvierte er noch ein Studium an der Akademie der Arbeit in Frankfurt.

Als junger Gewerkschaftssekretär hatte er sich zunächst im Saarland „nicht wohl gefühlt“. Und das hatte einen einfachen Grund: „Ich habe die Menschen nicht verstanden ...“, sagt Geuskens heute mit einem Lachen auf den Lippen. Gemeint war deren Dialekt. Irgendwann war er akzeptiert und die anfänglich Skepsis gegenüber einem „aus dem Reich“ wandelte sich.

Wenn Geuskens heute über die Geschehnisse rund um den Bergbau an der Saar, die vielen – seiner Meinung nach falschen – politischen Weichenstellungen, spricht, dann klingt das ein bisschen nach Wehmut. Hatte der Bezirk Saarbrücken Ende der 1980er Jahre noch 36.500 Mitglieder, stehen heute nur 24.000 in der Kartei, davon aber 11.000 Rentner. Der einst so mächtigen Bergbaugewerkschaft wird die Geschäftsgrundlage entzogen. „Der Aderlass im Bergbau tut uns sehr weh“, bedauert der Bezirksleiter die Entwicklung. Seine Organisation verliere zudem bis 2013 rund 350 Funktionäre nach Ibbenbüren: Betriebsräte, Vertrauensleute und aktive Ortsgruppenmitglieder.

Zum Glück sind da aber noch Energie, Chemie und Keramik als fester Bestandteil des Gewerkschaftsnamens, die dem „Multibranchenbezirk“, so Geuskens, eine gute Zukunft bescheren werden: Die keramische Industrie, der Bereich Kautschuk, Gummi, Kunststoff oder Kraftwerke beschäftigen sehr wohl noch reichlich



Die Nachbergbau-Ära stellt Bezirksleiter Dietmar Geuskens und seine IG BCE vor große Herausforderungen | Foto: D'Angiolillo

Menschen in der Region, in vielen Bereichen hat die IG BCE einen guten Organisationsgrad. Neben den aktiven Mitgliedern durch den Wegfall des Bergbaus bzw. die Abwanderung nach Ibbenbüren verliere seine Gewerkschaft auch viele Rentner. „Dieser Verlust durch Sterbefälle ist ein Grundproblem des Saarlandes“, überträgt Geuskens das Dilemma der IG BCE auf das Land. In diesem Zusammenhang befürchtet der Bezirksleiter einen „ausgeprägten Fachkräftemangel“ an der Saar und schlägt vor, dass sich die saarländischen Unternehmen mehr um junge Menschen in Lothringen bemühen sollten, einer Region, in der die Jugendarbeitslosigkeit bei über 20 Prozent liege. Er könne sich eine kombinierte Sprach- und Berufsausbildung vorstellen.

Was wird vom Bergbau bleiben? Wahrzeichen gebe es überall, die müssten gepflegt werden. Für das Land wünscht sich Geuskens ein Sozialarchiv, in der die Bergbaugeschichte „für die Ewigkeit“ festgehalten wird. Und am 4. Dezember sollte weiterhin der Heiligen Barbara, der Schutzpatronin der Bergleute, gedacht werden.

Peter Jacob



Foto: D'Angiolillo

Bergbau an der Saar, Teil 6

Mit Stolz und Respekt

Vor 500 geladenen Gästen fand auf der Grube Duhamel die offizielle Feier zur Verabschiedung des Bergbaus im Saarland statt. Feierliche Musik umrahmte die Ansprachen, die das Ende einer Ära in Worte zu fassen versuchten.

Zum Auftakt spielte die Bergkapelle der RAG den „Trauermarsch zum Gedenken an Rikard Nordraak“. Edvard Grieg hatte die Musik 1866 zum Tode seines Freundes komponiert und sie sich dann auch für seine eigene Beerdigung gewünscht. Nun erklang sie in der Magazinhalle des Bergwerks Saar in Ensdorf zur letzten Schicht des Saarbergbaus und ging den Gästen aus Politik, Medien und Gesellschaft sichtlich unter die Haut. Das Gefühl, an einem historischen Moment teilzunehmen, war mit Händen zu greifen.

Von einem bedeutenden Einschnitt der Landesgeschichte sprach Bergwerksdirektor Friedrich Breinig bei seiner Begrüßung. Ein großer Industriezweig, der Land und Menschen tief geprägt habe, verabschiede sich. „Voller Respekt blicken wir an diesem Tag insbesondere auf die Mannschaften, die das über Generati-

onen hinweg geschaffen haben“, sagte er. Nun gelte es, diese enormen Leistungen durch eine nachhaltige Erinnerungskultur wachzuhalten, um nach der Trauer Stolz und Selbstbewusstsein entstehen zu lassen.

Auch Bernd Tönjes, der Vorstandsvorsitzende der RAG Aktiengesellschaft, verwies auf die historische Dimension des bewegenden Augenblicks – und seine Endgültigkeit, die Land und Menschen innehalten lasse. Jetzt, da der Bergbau ende, werde ihm von Gesellschaft und Medien wieder Sympathie und Anerkennung entgegengebracht. „Gerade die fehlende politische Rückendeckung hier im Lande in den schwierigen Jahren der Erderschütterung haben die Bergleute schmerzlich vermisst – und auch noch nicht ganz verwunden“, sagte er in Richtung Politik.

Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer packte den Stier dann quasi gleich bei den Hörnern. In diesen Tagen sei sie häufig mit der Frage konfrontiert worden, ob es richtig sei, dass die Politik auch diesen letzten Tag noch mitbestimme und sich zu Wort melde. Diese schwierige, aber berechtigte Frage könne sie klar und deutlich mit „Ja“ beantworten. „Die Politik muss hier sein, weil sie zu dem zu stehen hat, was sie beschlossen hat und weil sie Verantwortung trägt für die Zukunft“, erklärte Kramp-Karrenbauer. Dies sei ein besonderer Tag, voller Gefühle, ein Tag der Trauer, der Wut, der Ungläubigkeit, der Verunsicherung, auch ein Tag der Erleichterung für jene, die unter dem Bergbau gelitten hätten, nur eines gewiss nicht: ein Tag der Gleichgültigkeit.

Ein Stück saarländische Geschichte gehe nun zu Ende, es gelte, Abschied zu nehmen von dieser großen Ära. Jetzt habe die Politik die Aufgabe, für die Söhne und Töchter der Bergleute, ihre Enkelinnen und Enkel Zukunftsperspektiven zu schaffen, und das hier im Saarland. Von daher bedeute dieser Abschied auch einen Aufbruch.

Dass dieser Abschied allerdings keine unausweichliche Entwicklung war, darauf wies Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE, eindringlich hin: Die Be-



Der Saarknappenchor sorgte für bewegende Momente | Foto: D'Angiolillo

endigung des Saarbergbaus war politisch gewollt!“ Wenn er das in Erinnerung rufe, gehe es ihm um die Verantwortung, die Entscheidungen dieses Ausmaßes nun mal nach sich zögen – wirtschaftlich wie sozial. Dass es zu keinen betriebsbedingten Kündigungen kommen werde, so Vassiliadis weiter, sei das Ergebnis gewerkschaftlicher Solidarität, gemeinsamen Kampfes und harter Arbeit.

Die IG BCE sei nie für das Ende des Saar-Bergbaus eingetreten, bekräftigte ihr Vorsitzender noch einmal, und halte das Förderende in Deutschland 2018 nach wie vor für falsch – gerade in der aktuellen Energie- und Rohstoffsituation. Beim Blick in die Zukunft müsse klar sein: Das Saarland ist ein Energieland. Es müssten deshalb Bedingungen geschaffen werden, um konventionelle wie erneuerbare Ener-

gien in einem guten Mix als wirtschaftlichen Standortfaktor zu etablieren.

Der RAG-Gesamtbetriebsratsvorsitzende Ludwig Ladzinski erinnerte dann noch einmal daran, dass die Bergleute in turbulenten Zeiten mit Solidarität, Kraft und Zuversicht und den bergmännischen Eigenschaften von Fleiß und Treue viel erreicht hätten. Auch in Krisenzeiten hätten sie Spitzenleistungen erbracht. Aber gerade die Eigenschaften der Bergleute würden ihnen jetzt helfen, mit dem Ende einer großen Industriegeschichte umzugehen: „Die Bergleute können hochebenen Hauptes und mit Stolz auf das Geleistete zurückschauen!“ Das bewies dann auch der Saarknappenchor, der beim Einmarsch mit fester Stimme das Barbara-Lied intonierte.

Gabi Hartmann



Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE

| Foto: D'Angiolillo



Annegret Kramp-Karrenbauer,
Ministerpräsidentin des Saarlandes

| Foto: D'Angiolillo



Friedrich Breinig, Direktor des Bergwerks Saar | Foto: D'Angiolillo



Bernd Tönjes, Vorstandsvorsitzender der RAG Aktiengesellschaft | Foto: D'Angiolillo



Ludwig Ladzinski, RAG-Gesamtbetriebsratsvorsitzender | Foto: D'Angiolillo

Die letzte Schicht im Saarbergbau

„Ein ganz schwarzer Tag“

Über 10.000 Saarländerinnen und Saarländer kamen am 30. Juni zur Mettenschicht nach Ens Dorf. Der saarländische Bergbau wurde feierlich und würdig verabschiedet. Dabei war viel Wehmut im Spiel.



Wie Klaus Dieter Woll, dem Betriebsratsvorsitzenden der Steag Power Saar, geht es vielen an diesem späten Nachmittag. Nachdenklich, ganz allein und in sich gekehrt steht der ehemalige Bergmann vor der Hauptbühne und lauscht der probenden Bergkapelle und dem Saarknappenchor der RAG. Der schwarze Anzug passt ins Bild. Obwohl auch viel gelacht wird beim Schwelgen in Erinnerungen, beim Wiedersehen alter Freunde, hat die Mettenschicht den Charakter einer Beerdigung. Der Bergbau wird zu Grabe getragen.

Um Punkt 20 Uhr dann Gänsehautstimmung. Bergkapelle und Saarknappenchor spielen und singen das „Steigerlied“. Mit ihnen Tausende vor der Bühne. Tränen fließen. Rhythmisches Klatschen ab der zweiten Strophe. Am Ende ein tosender Applaus, „Bravo-Rufe“ aus dem Publikum. Mit dem Läuten der Anfahrts Glocke kehrt wieder Stille ein. Es geht emotional weiter: Die Berg-, Hütten- und Knappenvereine ziehen ein. Stolz tragen die in Uniform gekleideten Männer ihre Banner und Fahnen, viele mit einem schwarzen Trauerflor dekoriert. Überall im Land werden Kirchenglocken geläutet, es fließen wieder Tränen.

RAG-Arbeitsdirektor Peter Schrimpf spricht als erster Redner den Anwesenden

Der Andrang vor der großen Bühne war groß. Mehrere Tausend Menschen verfolgten eine bewegende Mettenschicht auf der Anlage Duhamel. Die Heilige Barbara stand den Bergleuten auch in den letzten Stunden bei | Fotos: D'Angiolillo



aus der Seele: „Es ist ein schwerer Tag für uns, wir allen empfinden heute Trauer.“ Eine persönliche Botschaft richtet er an die Bergleute: „Ihr habt bis zum Schluss alles gegeben. Wir vom RAG-Vorstand sind stolz auf Euch!“

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie, nutzt den Augenblick, um noch einmal die Haltung seiner Gewerkschaft deutlich zu machen: „Die IG BCE wollte nie, dass der Bergbau ausläuft. Die Entscheidung halten wir auch heute für falsch“, sagt er und bekommt viel Beifall.

„Bergleute können eben alles, nur nicht aufgeben“, spricht ein emotional sehr bewegter Hans-Jürgen Becker, Betriebsratsvorsitzender des Bergwerks Saar, aus, was viele denken. „Heute ist ein ganz schwarzer Tag, denn jetzt heißt es Abschied nehmen.“ Er kritisiert die politisch Verantwortlichen, die 2008 nicht hinter den Bergleuten gestanden hätten. Anhaltender Applaus.

Klaus Hiery, Präsident des Landesverbandes der Berg-, Hütten- und Knappenvereine des Saarlandes, versichert, dass die Bergbautradition weiterleben werde: „Der Barbaratag am 4. Dezember bleibt, daran werden wir festhalten.“

Nach den religiösen Gedanken von Bischof Dr. Stephan Ackermann und Oberkirchenrätin Barbara Rudolph ist dann endgültig die Stunde des Abschieds gekommen: Die in orangen Anzügen gekleideten Männer der Grubenwehr ziehen mit ihren Fackeln vor die Bühne. Noch so ein bewegender Moment. Um 22.40 Uhr ist endgültig Schluss. Der Bergbau an der Saar ist fortan Geschichte.

Peter Jacob



Traurig und nachdenklich: Wie Klaus Dieter Woll ging es vielen in Ensdorf | Foto: D'Angiolillo



Eine Tradition, die weiter gepflegt werden soll: Die Männer der Berg-, Hütten- und Knappenvereine durften bei der letzten Schicht nicht fehlen | Foto: D'Angiolillo



Das bunte Farbenspiel passte zum würdigen Abschied | Foto: D'Angiolillo



Die letzte Grubenlampe... | Foto: D'Angiolillo



Die Männer der Ensdorfer Grubenwehr als Fackelträger | Foto: D'Angiolillo



...und die letzte Saarkohle | Foto: D'Angiolillo

IMPRESSUM

www.arbeitnehmer-online.de, www.arbeitskammer.de

Verleger: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6–8,
66111 Saarbrücken, Telefon (0681) 4005-0, Telefax (0681) 4005-401

Herausgeber: Hans Peter Kurtz, Horst Backes

Chefredakteur: Peter Jacob

Redaktion: Gabi Hartmann, Jürgen Matheis

Autoren: Silvia Buss, Volker Guthörl, Gabi Hartmann, Joachim Heinz,
Peter Jacob, Hermann Kotthoff, Kurt Remus, Delf Slotta

Fotos: Archiv der RAG, Pasquale D'Angiolillo, Reiner Oettinger,
Peter Riede, Delf Slotta,

Vertrieb: Christina Baltes, Telefon (0681) 4005-423

E-Mail: presse@arbeitskammer.de

Satz + Druck: Ottweiler Druckerei und Verlag GmbH, Ottweiler

Titelbild: Kurt Heinemann

Ungerecht behandelt?

KÜNDIGUNG



AK BERÄT
(Kurzberatung Arbeitsrecht)
(0681) 4005-111

Weitere Beratungsthemen (Telefon 0681 4005 + jeweilige Durchwahl)

Arbeitslosengeld I, II (-234, -230, -270), Arbeitsrecht (-111), Arbeitsschutz (-324), BAföG/Schülerförderung (-230), Behindertenrecht (-290, -292), Betriebs- und Personalräte (-241), Erwerbsminderung/Reha/Rente (-224, -234), Grenzgänger (-224), Lohnsteuer (-216, -247, -293, -294, -295), Mutterschutz/Elterngeld/Elternzeit (-220), Berufswegefindung/Weiterbildung/ProfilPASS (-231), Wohngeld (-270).

Terminvergabe für persönliche Beratung: (0681) 4005-100, -150, -200

Online-Beratung: www.arbeitskammer.de/online-beratung

Zu diesen Themen beraten wir unsere Mitglieder* gerne. Und das kostenlos!

* Mitglieder der Arbeitskammer sind alle im Saarland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.